

Die „Weltmacht“ erscheint täglich nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Herrn Schenck, 67, durch die Post und durch Subskription zu beziehen. Preis monatlich Mk. 2.50, pro Woche 50 Pf. Verlagsanstalt No. 673.

Volkswohl

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Anzeigenpreise: Bezahlt für die erste Zeile 20 Pfennige, für Wiederholungen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1208.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1208.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 135.

Mittwoch, den 14. Juni 1905.

16. Jahrgang.

Finanzreform und Biersteuer.

Bei dem plötzlichen Reichstagschluss haben zweifellos sehr verschiedenartige Erwägungen und Absichten mitgespielt. Im allgemeinen jedoch wird man darin eine gewollte, beabsichtigte Unfreundlichkeit gegen das Reichsparlament sehen, und das läßt wenig Gutes für das Jahresende erwarten, wo bekanntlich über große Flottenpläne und noch größere Steuerprojekte entschieden werden soll. Wenn man jetzt schon so brüsk mit dem „maßgebenden“ Zentrum umspringt, das die Vertogauno sicher in der Tasche zu haben glaubt, so wird man im Herbst vielleicht offen auf einen Konflikt zusehen.

Das Zentrum hofft bekanntlich, um seine Wähler nicht allzu sehr vor den Kopf zu stoßen, auf ein nicht allzu schroffes Anziehen der indirekten Steuerschraube, und darum auf Einfügung der Erbschaftsteuer in das Reichsfinanzprogramm. Es wird, wie üblich, zu jedem Unfall und zu jeder Nachgiebigkeit bereit sein; jedoch einen äußerlichen Schein Erfolg vor den Wählern nicht lassen wollen, muß man ihm seitens der Regierung gönnen. Hinter den Kulissen mag bisher vieles den klaren Berechnungen entsprechend verlaufen sein. Jedoch der preussische Finanzminister v. Rheinbaben zeigte bereits seine Meinungsabweichung gegenüber dem Reichsfinanzsekretär v. Stengel, einem auf das Reich übernormmenen Bayern, in gerade nicht üblicher Art im preussischen Abgeordnetenhaus hervor. Im Herrenhause hat Freiherr v. Mantuffel, der einstige Führer der Konservativen im deutschen Reichstage und der ewige Kandidat für das preussische Ministerium des Innern, eine Attacke gegen die Reichserbschaftsteuer angekündigt. Gelingen diese Vorstöße, so könnte sich das Zentrum auf recht kritische Tage als regierende Partei gefaßt machen. Freilich würden dann Bier und Tabak von um so höherer Steuerbelastung droht sein.

Das Braugewerbe macht denn auch zusehends mobil, nur ist es in sich selber gespalten und die Regierung geht offenbar darauf aus, die verschiedenen Interessen gegeneinander auszuspielen.

Die mittleren und kleineren Brauereien fühlen sich durch das Uebergewicht der Großbetriebe erdrückt. Sie schreiben diese Mißlage zum Teil der ungerechten Materialsteuer zu, wonach pro Zentner der zur Bierbereitung verwendeten Stoffe der gleiche Betrag erhoben werde, während die Großbrauereien vermöge ihrer vorzüglichen technischen Einrichtungen eine erheblich größere Ausbeute aus der gleichen Gerste erzielen. Das schließliche Erzeugnis, das Bier, sei deshalb sehr verschieden steuerbelastet, und dies habe die Gesetzgebung ursprünglich keinesfalls gewollt. Die Mittel- und Kleinbrauereien drängen deshalb seit Jahren geradezu zu einer Steuerreform. In ihrer letzten Eingabe an Bundesrat und Reichstag verlangen sie eine Abstufung der Steuer von 1.25 Mark bis zu vollen 3 Mk. pro

Zentner verbrauchten Malzes, gegenüber dem heutigen einheitlichen Satz von 2 Mk.

Der ewig geldbedürftige Fiskus mühte sich auf seinen Vorteil sehr schlecht verstehen, wenn er diese Unterströmung im Braugewerbe selber nicht auszunutzen strebe. Je ungerechter eine Steuer angelegt ist, desto schwerer läßt sie sich im Ertrage steigern, weil mit jeder Steigerung die Unbilligkeiten immer schroffer hervortreten und immer bitterer empfunden werden. Umgekehrt, gleicht man erst die Unebenheiten in der Umlegung und Erhebung einer Steuer mehr aus, so kann man später die Steuerschraube ohne Umschweife viel herzhafter anziehen.

Der Reichsfinanzsekretär soll bisher den Mittelweg gehen wollen: er will die Brausteuer staffeln, aber bei dieser Gelegenheit doch lieber gleich noch 9-14 Millionen Mark für das Reich mehr als gegenwärtig herausholen; das Weitere mag dann der Zukunft vorbehalten sein. Die Gettrsporne der Steuervermehrung jedoch gehen von Anfang an mehr auf das Ganze, schon um vor der Erbschaftsteuerung ober vor der Befestigung der Branntweinliebesgaben besser gesichert zu sein. Die verschiedenen Strömungen kreuzen sich hier. Der ostelbische Agrarier will begreiflicherweise lieber das Bier bluten lassen, als die Branntweinsteuer reformiert sehen. Die Bayern wiederum, selbst wenn sie agrarisch gesinnt sind, fürchten jede Erhöhung der Biersteuer.

Nährend ist es übrigens, zu sehen, wie die kapitalistischen Großbrauer, wenn die Gefahr auf die eigenen Nägel brennt, mit einem Male die von der Sozialdemokratie empfohlenen direkten Steuern nicht genug zu loben wissen:

„Die Angehörigen eines so wichtigen alten nationalen Gewerbezweiges, wie die Brauerei, möchten nicht etwa den Sch. in erwecken, als ob sie sich der lokalen, allen Untertanen wohl gemeinten Pflicht entziehen wollten, auch zu ihrem Teil an der Tragung der Lasten teilzunehmen, welche für die Macht und Kulturwende des Deutschen Reiches erforderlich sind. Dem Reiche zu geben, was das Reiches ist, ist auch der ansichtliche Wille aller deutschen Brauereien. Aber gerade weil sie dieses wollen, halten sie es für ihr gutes Recht und für ihre Pflicht, sich mit allen Mitteln dagegen zu sträuben, daß aus der großen Seite der gewerblichen Stände ihre Gewerbe alle in herausgegriffen... werden soll, um die Mittel für allgemeine Reichszwecke aufzubringen... Wenn das Reich zur Erschließung neuer Einnahmequellen solche, die Gesamtheit seiner Bürger nach ihrem Vermögen heranziehende Steuern, wie die von so vielen Seiten empfohlene Vermögens- oder Erbschaftsteuer einführen, so würde den deutschen Brauereien das Verbot, nicht allein zur Deckung der allgemeinen Reichsausgaben herausgegriffen, sondern mit allen übrigen Reichsangehörigen in gleicher Weise zu Mehrleistungen herangezogen zu werden, die Aufbringung derselben wesentlich erleichtern... In einem Staat mit allgemeinem und direktem Wahlrecht, in einem Staat mit allgemeiner Wehrpflicht und jeder, der an diesen liberalen Errungenschaften teilnimmt, auch das Bewußtsein haben, daß er verpflichtet ist, zu seinem Teil und nach seinen Kräften dazu beizutragen, die Grundlagen eines solchen Reiches zu erhalten. Diesen Anschauungen entsprechen eine Vermögens- und Erbschaftsteuer, nicht jedoch die Sonderbesteuerung eines einzelnen Gewerbes.“

So der Steuerausschuß des Deutschen Brauerbundes, der mit einem Male, dem Fiskus gegenüber, recht demokratisch denken gelernt hat. Der Gedanke, daß man auch an den Reichs-Ausgaben sparen könnte, kommt den

Herren natürlich nicht. Und werden sie genügend Bundesgenossen für direkte Reichssteuern in den bürgerlichen Parteien finden?

Die Finanzminister sind nunmehr unter sich und bis zum Herbst aller künftigen parlamentarischen Nebenarbeit ledig. Die Wähler werden gut tun, wenn sie sich darauf vorbereiten, nächsten Winter die Regierung mit ihren Flotten- und Steuerplänen gründlich helmzuschicken. M. Sch.

Ein Schritt zum Frieden.

Die Ernsthaftigkeit und Einbringlichkeit der Friedensaktion des Präsidenten Roosevelt ist jetzt, über die Gerüchte der letzten Tage hinaus, erwiesen. Der Wortlaut der Note wird bekannt, welche Roosevelt am 8. d. M. an die japanische und russische Regierung gerichtet hat. Die Note lautet:

„Ich halte die Zeit für gekommen, daß ich mich im Interesse der gesamten Menschheit bemühen muß, wenn möglich, diesen schrecklichen und heillosen Kampf zu Ende zu bringen. Die Vereinigten Staaten sind sowohl mit Japan als auch mit Rußland durch Bande der Freundschaft und des gegenseitigen Wohlwollens verbunden und daher für beide interessiert. Der Fortschritt der Welt wird durch den Krieg zwischen zwei großen Völkern gehemmt. Ich bitte die russische, wie die japanische Regierung bringend, nicht nur ihrer selbst willen, sondern im Interesse der ganzen zivilisierten Welt in direkte Friedensverhandlungen mit einander einzutreten. Ich schlage vor, daß diese Friedensverhandlungen direkt und ausschließlich zwischen den kriegführenden Ländern geführt werden, mit anderen Worten, daß russische und japanische Bevollmächtigte ohne irgend welche Vermittler zusammenzutreten um zu sehen, ob es nicht möglich ist, daß die beiden Mächte sich über Frieden und Bedingungen einigen. Ich bitte die russische und die japanische Regierung ernstlich, je zu einer solchen Zusammenkunft zuzustimmen. Ich bin bereit, alles zu tun, was ich kann, falls die beiden in Frage kommenden Mächte meine Dienste bei der Vereinbarung der Präliminarien, was Ort und Zeit betrifft, für nützlich halten, aber auch, wenn diese Präliminarien zwischen den beiden Mächten direkt oder auf anderem Wege vereinbart werden, werde ich hocherfreut sein, denn mein einziger Zweck ist, diese Zusammenkunft aufzuheben zu bringen, welche, wie die ganze zivilisierte Welt von Herzen wünscht, den Frieden herbeiführen möge.“

Ein dem „Reuterischen Bureau“ aus Tokio zugegangene Depesche bestätigt bereits, daß die japanische Regierung bereit ist, der Anregung Roosevelts Folge zu leisten und Bevollmächtigte zu ernennen, die mit russischen Bevollmächtigten in Unterhandlungen treten sollen. Und die New Yorker „Associated Press“ meldet, daß auch Rußland die Anregung Roosevelts angenommen habe. Eine Konferenz von Bevollmächtigten beider Länder sei nunmehr gesichert.

Es ist noch nicht bekannt, wo die Begegnung der russischen und japanischen Friedensbelegierten stattfinden wird; der Ort ist durch Japan zu bestimmen. Als Vertreter Rußlands zur Entgegennahme der japanischen Friedensvorschlüge wird wahrscheinlich der Vertreter Rußlands in demjenigen Staate, wo die Begegnung stattfinden wird, ernannt werden.

Wenn sich, wie anzunehmen ist, diese Meldungen bestätigen, so ist der erste und schwierigste Schritt zur Einleitung von Friedensverhandlungen geschehen. Und solche Verhand-

Susi.

Eine Hofgeschichte von Friedrich Spielhagen.

35) (Nachdruck verboten.)

Waren diese Aemts aber richtig und er konnte in seinem Kalkül keinen Fehler entdecken —, so durfte er nach den Gesetzen der Politik schließen, daß er noch nie auch nur annähernd so viel Chancen gehabt habe, der Besitzer einer gewissen Stelle zu werden, die, wenn sie gleich schon einem und den andern Schatz geizert, in seinen Augen wenigstens, an Wert nicht das mindeste eingebüßt hatte.

Schließlich: seine persönliche Sicherheit war garantiert, wenn er auch für die feinsten anständigen Herrn von Stand an seinen Pflasterling gab.

Ueber die Sicherheit anderer Leute, auch wenn sie eine Krone auf dem Kopfe trugen, hatte sich Ddo von Brenken noch niemals graue Haare wachsen lassen.

So konnte denn auch er gegen Morgen getrost einziehen, mit dem schließlichen Gedanken, daß er demnächst suchen müsse, in Erfahrung zu bringen, was denn nun eigentlich aus dem betrogenen Gatten und seiner holden Gemahlin geworden sei.

Als er aber nach einigen Stunden mit nun wieder völlig heßem Kopf erwachte, fand er, man müsse sich vorerst nach Hobeit umsehen, der möglicherweise in der Nacht zurückgekehrt war und ihn dann herzlich sofort zu sprechen wünschte. Er schickte, während er sich ankleidete, seinen Diener nach dem Schloß: Hobeit waren noch nicht zurück; es sei auch keinerlei Nachricht von Hobeit da.

„Welche war man auf dem Bahnhof besser unterrichtet.“

„Er ist eine Drohke holen und — fuhr nach dem Bahnhof. Der Inspektor — auch Ihm ein Herr Bekannter — hatte eine offene Depesche in der Hand: Hobeit würden mit dem fahrplanmäßigen Zuge zwei Uhr fünfminütig eintraffen. Brenken sah nach der Uhr: es war eins. Also noch eine gute Stunde. Zudem er überlegte, wie wohl eine Frage nach Wolff am vornehmsten zu stellen sei, hatte er die große, heimliche Freude, daß ihm der andere zuvor-

trat und ausführlich erzählte, wach kurze Sache gestern Abend dem Baron Sachta passiert sei, und welche Sorge er — der Inspektor — gehabt habe, der Herr Baron würde auch den Kurierzug verlassen, was dann aber glücklicherweise doch nicht der Fall gewesen: der Herr Baron sei von einem langen Spaziergange, den er in der Zwischenzeit gemacht, rechtzeitig zurückgekehrt; habe eine schon vorher angefangene Flasche unter allerlei politischen Gesprächen vollends mit ihm ausgetrunken, bis der Kurierzug kam, in dem ausnahmsweise — denn er sei immer sehr besetzt — ein Compe erster Klasse für den Herrn Baron frei gewesen sei.

„Und in dem ist er wirklich abgefahren?“ fragte Brenken.

„Ne, sollte er etwa zum zweiten Mal das Nachsehen haben?“ rief der Inspektor lachend.

Brenken fuhr in die Stadt zurück, bei Susi vor; von dort, da die Frau Baronin noch schlief, nach dem Kasino, wo er mit vielem Appetit ein Kotelett aß und dazu eine halbe Flasche Burgunder trank; wieder zurück zu Susi, die mittlerweile aufgestanden war und ihn sofort empfing.

„Wohin im Schlaßrock. Aber das bauschige, mit Bändern reich gezierie seidene Gewand stand ihr vorzüglich, und unter guten Freunden geniert man sich nicht.“

Die Ereignisse gestern Abend hatten den Verkehr zwischen den beiden wunderbar vereinfacht und erleichtert. Deshalb miteinander Versteckens spielen, wenn es keine Winkel mehr gab, in denen sich einer vor dem andern verbergen konnte? So waren ihre Blicke hin- und herüber so ungeniert, wie zweier sich begehender Augen. Susi hatte selbst die Großmut, ihm den Verrat mit der Herzoglichen Depesche — die eigentliche Ursache von allem, was weiter geschehen — nicht weiter zum Vorwurf zu machen, woraus Brenken den erfreulichen Schluß zog, daß er sich von Stand an als ihren Liebhaber betrachten dürfe. Oder wie könnte man es anders nehmen, wenn eine Frau für einen Mann, der ihr ein brillantes Verhältnis anlässlich gelehrt hat, keine Vorwürfe hat? Vielmehr eifrig zu wissen wünscht, wie er sich denn nur den verrathenen anständigen Herrn gegenüber herauszureden gedente?

„Es ist mir möglich, liebe Freundin.“ erwiderte Brenken, „wenn Sie mir verstanden, von einer kleinen — oder auch großen — ganz, wie Sie wollen — Unwahrheit Gebrauch zu machen; der nämlich, daß mich Ihr Herr Gemahl bereits diese ganze letzte Zeit mit seiner Eifersucht beehrt, mir den Zutritt zu Ihnen, einen freieren Verkehr mit Ihnen auf jede Weise erschwert hat, so daß der Versuch, in jenen Nachmittagsstunden vor seiner Abreise ohne die Spur eines irgend haltbaren Vorwands zu Ihnen zu gelangen, völlig aussichtslos gewesen sei.“

„Eifersucht“, entgegnete Susi, „bleibt einen Grund zu haben, und dieser Grund von dem betreffenden Gemannt weniger in dem Betragen der Conracher seiner Frau gesucht zu werden — das immer dasselbe bleibt —, sondern in dem Betragen der Frau gegen die oder den Conracher. Wie werden Sie sagen, daß ich mich gegen Sie betrogen habe?“

Brenken lächelte; Susi konnte nicht anders: sie mußte ebenfalls lächeln.

„Wissen Sie, lieber Brenken“, fuhr sie fort, „daß Sie herzlich unverschämmt sind? Der unglückliche Herrzog, der sich in der Mission gewiegt hat, daß ich ihn liebe! Und wissen Sie, was Sie nun weiter tun werden?“

„Ich bin auch äußerlich gespannt.“

„Sie werden ihm weis machen, daß Sie Wolff gestern Abend eingeredet haben, ich sei um Ihrethalben in die Villa gekommen.“

Blase zerplatzt bei dem ersten Wort, das zwischen dem Herzog und Ihrem Herrn Gemahl gewechselt wird. Ich sagte Ihnen, er hat in dem Moment, als er sich wie ein Wahnsinniger auf mich stürzen wollte, die Depesche auf dem Tisch erblickt; ich nun, ankast auf mich, auf sie angefahren, hat sie gelesen, in die Tasche gesteckt; und wie ich so — nach einer Verzweiflungszugene seinerseits, mit deren Schilderung ich Sie nicht habe bejammern wollen, — als leidliche Freunde geschieden.“

„Was alles nicht verhindern wird, daß meine Prophezeiung in Erfüllung geht“, erwiderte Susi. „Spielte Sie nicht weiter den Ungläubigen; es ist wirklich verlorene Mühe. Sie denken sich die Sache nämlich so: Ich kann dem Herzog das ganz ungestraft vorankern, einfach weil es niemals zu einer Auseinandersetzung zwischen ihm und Wolff kommen wird. Die Auseinandersetzung in einem solchen Falle kann nur mir den Waffen in der Hand erfolgen. Das ist hier unmöglich: Wolff kann den Herzog nicht fordern. Sich auf ein Wortgefecht mit ihm einzulassen, das auf eine Pantomime über Treubruch, verrathene Freundschaft und dergleichen Sentimentalitäten hinausläuft — dazu ist Wolff nicht der Mann; vielmehr: dazu ist er zu sehr Mann. Er wird also schweigen und schweigen handeln. Er wird mir ein Scheidungsarrangement vorschlagen, bei dem Baby ihm verbleibt, und auf das ich natürlich eingehe. Wir werden in aller Stille geschieden werden. Ich gehe wieder zu meinem Papa, der keine Ahnung davon hat und niemals haben wird, wie und warum denn das alles so gekommen ist. Wolff bleibt selbstverständlich nicht hier, sondern verläßt Wacht; tritt abermals in den preussischen Staatsdienst; läßt sich nach Ni- oder Westafrika schicken und womöglich da, aus Bosheit, von den Wilden tötlichessen.“

„Wenn er das nicht selbst bereits in Europa besorgt.“

„Ich hab!“

„Jedenfalls dürfte sich der Herzog wundern, daß er mich nicht vorher totgeschossen hat.“

„So binden Sie ihm ein neues Märchen auf, weshalb Wolff keine Revanche an Ihnen nimmt: irgend einen unermesslichen Freundschaftsbienst, den Sie ihm vorher einmalkleistet haben, und durch den Sie mit ihm quitt sind oder dergleichen. Sie werden es schon zu finden wissen.“

„Die große Neugier!“ sagte Susi. „Ich hoffe nur, Sie geben sich eine Lehre daraus und versuchen nie wieder, mir ein K für ein U zu machen. Es rentiert wirklich nicht.“

Ein paar weniger wichtige Details wurden noch besprochen: wie er sich ihr gegenüber weiter zu betragen habe? ob in Uebereinstimmung mit dem Märchen, das er dem Herzog aufbinden wollte? oder wie sonst?

(Fortsetzung folgt.)

Mittwoch, den 14. Juni 1905.

Ein ministerieller Geheimfonds gegen unsere Arbeiterssekretariate.

Die Erfolge der deutschen Arbeiterssekretariate sind der preussischen Reaktion ein Dorn im Auge. Deshalb versucht man es jetzt, im preussischen Abgeordnetenhaus einen Fonds von 50,000 Mk. zu erlangen, um kommunale Institute zu begründen, welche „der Rechtsberatung des einzelnen Mannes dienen“ sollen. Es ist aber nichts mehr und nichts weniger beabsichtigt, als die Arbeiterssekretariate der deutschen Gewerkschaften zu vernichten. Und der Vater dieses Planes ist — Herr Theodor Möller, Minister für Handel und Gewerbe, in höchst eigener Person. Die Verhandlungen im Landtage sind recht interessant. Ueber die Einleitung der Aktion im Dreiklassenparlament deshalb ein paar Worte. Herr Möller hatte die ganze Sache äußerst plump inszeniert, sodas man den Zweck gleich mit Füßen packen konnte.

Zunächst sprach der Junker Abg. v. Arnim-Züsedom seine Anerkennung dem Plane aus, den „minderbemittelten Klassen“ die wegen der verzwickten Sozialgesetzgebung notwendige „unentgeltliche Rechtsbelehrung“ zu geben. Selbstverständlich dürfe diese den Rechtsanwälten „in keiner Weise Abbruch tun!“ Den Romanen „ja zu empfehlen, „ungefähr den Weg einzuschlagen, den die Sozialdemokratie einschlug“. Damit wurde „ein Wall gegen die Sozialdemokratie“ aufgerichtet werden.

Dann sprach Theodor Möller selbst, bedankte sich für die Bereitwilligkeit, mit der das „hohe Haus“ ihm den bisher noch nicht bekannten Geheimfonds später erhöhen wolle. Bisher seien die bewilligten Mittel noch nicht ganz in Anspruch genommen worden. Aber er könne die Mittelteilung machen, das jetzt mit zwei Großstädten und acht Mittelstädten Verhandlungen angeknüpft wären zwecks Verwendung der Geheimfonds-Mittel zur „Rechtsberatung für die minderbemittelten Klassen“. Auch mit „zwei freien Vereinen“ seien vom Minister dahingehende Verhandlungen angeknüpft, sodas im nächsten Etat vielleicht schon mehr Mittel für den Zweck eingestellt werden müßten. Welchen Zweck verfolgt der Geheimfonds-Verwalter? Herr Möller sagt es mit folgenden Worten und fand volle Zustimmung des satissam berühmten Scharfmachers Freiherrn v. Zedlitz-Menfisch:

„Die propagandistische Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei durch die Rechtsberatung ist ungemein umfangreich, ungemein intensiv und ungemein wirkungsvoll und wir begehen eine schwere Nachlässigkeit, wenn wir diesem Bedürfnis nicht auf andere Weise entsprechen.“

Das sind recht wertvolle Geständnisse. Der Minister gesteht ein, das die 50,000 Mk. zur Unterminierung der von der organisierten Arbeiterschaft unter großen Opfern ins Leben gerufenen Arbeiterssekretariate benutzt werden sollen. Herr Möller stellt unseren Arbeiterssekretariaten das Zeugnis aus, sie arbeiteten „ungemein wirkungsvoll“, worüber dankend quittiert sei. Aber der kluge Herr Minister beschuldigt zugleich die Staatsbehörden einer schweren Pflichtverletzung, denn es wäre ihre Pflicht gewesen, den unbemittelten Klassen unentgeltliche Rechtsberatung zuteil werden zu lassen! Was die Staatsbehörden versäumt, das haben die organisierten Arbeiter wieder wett gemacht, so viel in ihren Kräften stand. Unsere Arbeiterssekretariate üben also Funktionen aus, die eine sozialpolitisch handelnde Staatsverwaltung auszuüben verpflichtet ist, wie Herr Möller eingesteht. Wieder ein Beweis, das die Sozialdemokratie in hervorragendem Maße praktische soziale Arbeit leistet.

Durch die Begründung seiner Vorlage richtet sich der Handelsminister selbst. Der Arbeiterschaft wird aber auch

diese neueste staatliche „Böhllichkeit“ keinerlei Abbruch tun. Um aber das Gute, was Herr Möller über die Arbeiterssekretariate sagte, ziffernmäßig zu dokumentieren, dazu dient der nachstehende Ueberblick über die Wirksamkeit der Arbeiterssekretariate im Jahre 1904.

Die deutschen Arbeiterssekretariate 1904.

Im Correspondenzblatt der Generalkommission gibt Genosse Legien über die Entwicklung und Arbeiten der Arbeiterssekretariate für das Jahr 1904 eine lehrreiche Darstellung, deren wichtigste Daten auch wir uns verpflichtet fühlen, unseren Lesern vorzuführen. Die Arbeiterssekretariate — bekanntlich eine Schöpfung der Gewerkschaften — haben sich in ungemein rascher Weise vermehrt. Berlin, Nürnberg und Stuttgart waren die ersten Städte, die 1889 resp. 1894 resp. 1897 Arbeiterssekretariate gründeten. Ende 1904 betrug die Zahl derselben rund 50, von denen in Schlesien und Posen zur Zeit vier bestehen, nämlich in Breslau, Waldenburg, Kattowitz und Bromberg. Das Landeshüter Sekretariat mußte leider eingehen, weil die nötigen Personen und Geiber für die Erhaltung desselben fehlten und ebenso verhält es sich mit Würzburg. Die Verwaltung von 46 Sekretariaten erfolgt in 22 Fällen durch das Gewerkschaftsamt, in 24 Fällen durch eine besondere Kommission.

Die Einnahmen der Sekretariate kommen zum großen Teil aus festen Beiträgen der Mitglieder der angeschlossenen Organisationen. In Berlin wird der niedrigste Beitrag mit 10 Pf. pro Jahr erhoben, was sich natürlich aus der ungeheuren Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erklärt. In 36 Sekretariaten sind die Beiträge pro Jahr und Mitglied der angeschlossenen Organisationen folgende:

für 4 Sekretariate	40 Pf.
" 2 "	42 "
" 1 "	44 "
" 2 "	48 "
" 1 "	50 "
" 5 "	60 "
" 1 "	72 "
" 6 "	80 "
" 1 "	96 "
" 1 "	100 "
" 4 "	104 "
" 8 "	120 "

Bemerkenswert ist die Tatsache, das das Sekretariat in Gotha von der Stadt einen Zuschuß erhält, ein Beweis, das letztere in demselben eine segensreiche Einrichtung erblickt, die der Unterstützung wert ist. Bei den erwähnten 36 Sekretariaten — die anderen führen keine besondere Kasse oder werden anderweitig unterstützt — betrug die Gesamteinnahme circa 200,000 Mk. pro Jahr, die Gesamtausgaben circa 181,000 Mark. Die Zahl der Ausfunftsuchenden betrug in 48 Sekretariaten insgesamt 226,260. Von diesen waren 157,168 Arbeitnehmer und 8635 selbstständige Gewerbetreibende. Gewerkschaftlich organisiert waren 130,208 Personen. Von 48 Sekretariaten erteilen 32 nur an Organisierte Ausfunft. Das Correspondenzblatt bemerkt zu diesem wichtigen Punkte, der ja schon manchen Streit entfesselt hat: „Die Gewährung der Rechtshilfe nur auf diese Personen zu beschränken, ist durchaus richtig, weil die Sekretariate von der organisierten Arbeiterschaft erhalten werden. Im Jahre 1904 wurden von dieser 151,768 Mk. an festen Beiträgen gezahlt, während nur 32,754 Mk. aus anderen Quellen flossen.“

Selbstverständlich wird sich dieses Prinzip nicht überall durchführen lassen, zumal ein nicht unwesentlicher Prozentatz Organisationsunfähiger zu berücksichtigen ist, wie

Dienstboten, Witwen, Invaliden zc. In Breslau, Waldenburg, Kattowitz und Bromberg wird der vom Correspondenzblatt empfohlene Grundsatz mit dieser Erweiterung durchgeführt, wie ja bei fast allen Sekretariaten. Im übrigen müssen die Lokalverhältnisse darüber entscheiden.

Von großem Interesse sind die Zahlen, welche sich aus den erteilten Ausfunften, nach den verschiedenen Rechtsgebieten geordnet, beziehen. Danach entfallen in den 48 berichtenden Sekretariaten auf Angelegenheiten der Krankenversicherung 14,278, Unfallversicherung 40,741, Invalidenversicherung 12,748, auf Arbeitsfreistellungen 25,578, Lehrlingswesen 2210, Gefindeverhältnisse 5697, Arbeiterschutzfragen usw. 4112, auf Forderungen 13,451, Ehe-, Vormundschafts- und Alimentensachen 14,128, Erbrechtsfragen 6487, Wohnungsangelegenheiten 13,863, Haftpflicht- und Zivilprozesssachen 9075, Pfändung, Lohnbeschlagnahme usw. 9006, auf Strafsachen 15,526, auf Fragen der Arbeiterbewegung 3380, auf Steuerfragen 6793, Gemeinde-, Staatsbürger- und Wahlangelegenheiten 6998, Armen- und Schulwesen 3822, Militärangelegenheiten 1910; ferner auf Gewerbetwesen und Privatversicherung 5818 und auf Sonstiges 10,253 Ausfunfte.

Vergleicht man diese Zahlen mit denen der Vorjahre, so ergibt sich vor allem, das 1904 die Ausfunfte auf den Gebieten der Arbeiterversicherung am meisten gewachsen sind und zwar waren es 1901 20 Prozent, 1902 28,6 Prozent, 1903 29,6 Prozent und 1904 31,5 Prozent. Diese Tatsache illustriert auf das Lebendigste, das der Arbeiter hier die schwersten Rechtskämpfe gegen Gerichte, Behörden und Unternehmertum auszufechten hat. Die Zahlen der Ausfunfte, soweit die Sekretariate Breslau, Kattowitz, Waldenburg und Bromberg in Betracht kommen, dürfen wir uns wohl ersparen, weil wir diese bereits — wie alljährlich — gebracht haben.

Mit der Ausfunftserteilung in Rechtsachen und der Anfertigung auch von Schriftsätzen ist die Tätigkeit der Sekretariate nicht erschöpft. Von 27 derselben werden außerdem statistische Arbeiten ausgeführt und 43 hatten die Vermittlung von Beschwerden der Arbeiterschaft an die Gewerbeinspektion übernommen.

29 Sekretariate übernehmen die Vertretung von Klagen vor Gericht. Es kamen dabei 1768 in Betracht, von denen 1641 einen günstigen Verlauf hatten. Davon betrafen 954 Fälle Unfall-, 144 Fälle Invalidensachen, 454 Fälle Rechtsstreitigkeiten vor den Gewerbegerichten, 7 Fälle Knappschaftsachen und 82 Fälle gehörten zur Zuständigkeit der Gewerbeaufsicht.

Absolut sicher sind diese Zahlen nicht, weil es immer noch ein Teil der Arbeiter unterläßt, dem Sekretariat über den Ausgang des Prozesses Bericht zu erstatten.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir auf etwas hinweisen, was zunächst die Arbeiterssekretariate, dann aber auch die Generalkommission Veranlassung geben könnte, ihre Statistiken zu vervollkommen. Es handelt sich darum: Welche materiellen Vorteile bietet das Arbeiterssekretariat? Um eine ziffernmäßige Aufstellung hierüber zu geben, hat das Breslauer Arbeiterssekretariat im Jahre 1904 der mühsamen Arbeit unterzogen, vorläufig auf 800 Klienten, denen nicht nur mündlicher Rat, sondern auch Schriftsätze angefertigt worden waren, Erinnerungskarte mit angebogenem Antwortformular zu senden, um über den Verlauf der Rechtsstreitigkeiten Ausfunft zu erhalten. Von diesen 800 Anfragen sind 510 beantwortet worden, und mit den 384 Sachen, über deren Verlauf ohne besondere Mahnung berichtet wurde, waren es 884 Antworten. Das Ergebnis derselben war wie folgt: 93 Sachen waren noch nicht erledigt, 614 Sachen endeten mit 187 ohne Erfolg

Katholischer Dresdsack und lutherischer Lump.

Zu welchen Zuständen es führt, wenn der Streit um die beste Methode, selig zu werden, in die Schule verplant wird, das zeigte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Göditz. Der Hauptlehrer Reichwein aus Zeitzheim war der Beleidigung und Mißhandlung des Lehrers Aller aus Zeitzheim angeklagt, dem er ein paar Ohrfeigen, sowie einen Trit gegen — die Kehrlinie verabfolgt hatte.

Wegen der „Religion“ waren die beiden Jugendbildner hinter einander gekommen. Wie der angeklagte katholische Hauptlehrer Reichwein — der die ihm zur Last gelegten Taten im Wesentlichen zugestand — angab, habe anfangs, als vor fünf Jahren Lehrer Aller nach Zeitzheim kam, ein ganz leidliches Verhältnis zwischen den beiden geherrscht. Dann gab es aber religiöse Differenzen zw. ihrem Gesolge statt des bisherigen „kolle giale“, ein rein „am tliche“ Verhältnis zwischen Reichwein und Aller. Letzterer hatte bereits seine liebste oder achte Dienststelle. Der Hauptlehrer Reichwein fühlte sich deshalb verpflichtet, hin und wieder nachzusehen, ob der häufige Wechsel der Stellen etwa in der Nachlässigkeit des Lehrers Aller begründet sei, er revidierte, nachdem sie streitig geworden waren, das Votum der Klasse Aller. Dabei gab es neue Reibereien und Zusammenstöße. Aller sollte einmal eine Turnstunde halten, als er sich weigerte, das zu tun, weil er dazu nicht verpflichtet sei, stellte ihm Reichwein zur Rede. Aller ließ ihn stehen und ging in ein leeres Klassenzimmer. Dorthin folgte ihm Reichwein und nun zeigte sich die „christliche Bildung“ in schönstem Glanze. Auf: katholischer Kreuzkopf folgte: evangelischer Schuß, auf: katholischer Dresdsack — lutherischer Lump. So ging die Fehde weiter, das Haus schallte wider von der edlen Disputation, bis der schlagfertige Katholik einen vollständigen Sieg im Schimpfen davongetragen hatte. Von dem Tag an war das Verhältnis zwischen den beiden Herren ein noch viel „schöneres“ wie früher. Eines Tages wollte Reichwein dem Aller eine dienstliche Mitteilung machen und trat kurz vor Beginn des Unterrichts in Allers Klassenzimmer. Letzterer ließ nun die Kinder das schwere Pied anflimmen: „Ein feste Burg ist unser Gott!“ um den katholischen Oberlehrer zu ärgern. Als Reichwein wieder draußen war, toll Aller gesagt haben: „So machen wird dem — jetzt immer, wenn er kommt“. Ein anderes Mal ließ er die Kinder laut beten, um Reichwein zu vertreiben, und wieder ein anderes Mal rühte er mit samt den Kindern aus, als Reichwein die Klasse betrat. Durch derartige Vorwommisse wurde Reichwein, wie er angibt, so gereizt, das er sich eines Tages nicht mehr anders zu helfen wußte und dem Aller das Fell verlobte. Das Urteil gegen Reichwein lautete auf 20 Mk. Geldstrafe eventl. 2 Tage Haft nebst 10 Mk. Buße an den 23 Nebenkläger zugelassenen Aller. Der Vorsitzende des Göditzer Schöffengerichts, Herr Amkanth, hat hier dessen Außer Verurteilung

es zu verdanken ist, das der religiöse Haß nicht gar so groß in die Erscheinung treten konnte, führte in der Urteilsbegündung aus, es sei nicht erwiesen, mer mit den Beleidigungen begonnen hätte. Aber wirklich angenommen, Reichwein sei zuerst beleidigt worden, so habe er doch bedenken müssen, das er als Lehrer und vor allem als Hauptlehrer und Vorgesetzter Allers, sich zu keinen Tötlichkeiten hinreißen lassen durfte.

Nun wird man gewiß geneigt sein anzunehmen, das dieser handbällige Fall eine bedauerliche Einzelercheinung sei. Anderer Ansicht wird man aber, wenn man erwägt, das schon vor Jahren bei der Regierung über die beiden Lehrer Beschwerden eingegangen sind, in denen das unheilvolle Verhältnis, unter dem die Schule schwer leiden mußte, dargelegt wurde. Diese Beschwerden scheinen, aber auf den Adressaten keinen Eindruck gemacht zu haben. Wie in der Schöffengerichtsverhandlung zur Sprache gebracht wurde, haben die katholischen Lehrer unter 29 Dienststunden 6 Religionsstunden! Ob in puncto Religion „Fortsschritte“ gemacht werden, darauf wird so streng gesehen, das alles andere dahinter zurücksteht. Von 75 Kindern des Lehrers Aller mußten nicht weniger wie 28 beim Jahresabschluss sitzen bleiben. Wer nun weiß, wie gering die Anforderungen an das „Wissensmaß“ der Kinder in so einer Dorfschule ohnehin schon sind, dem wird klar werden, wie „ascheit“ schließlich solche Kinder aus der Schule kommen, deren Auffassungsvermögen mit der Aufnahme des religiösen Memorierstoffes total erschöpft wurde.

Wenn wird diesem permanenten Volksschul-Transerispiel ein Ende gemacht werden, wann wird man sich endlich dazu entschließen, Kirche und Schule zu trennen?

Aus aller Welt.

Durch verkehrte Drehung einer Schmelzkanne verunfallten auf dem Thomasthurm der Kruppischen Friedrichs Alfredhütte 7 Arbeiter. 4 wurden durch ausströmendes glühendes Eisen sofort getötet. 3 liegen hoffnungslos darnieder.

Man hat den Rat, dem Kläger den Lohn zu zahlen, damit die Sache nicht noch einmal vor Gericht komme.

Mensch und Wild. Bezugsnehmende Urteile hat die Strafkammer zu Münster i. W. gefällt. In der Nacht auf den 15. März wurden an der Chaussee von Döbrin nach Werne mehrere Kreuzfische und Heiligenhäuschen mit dem Muttergottesbilde von 2 jungen Begleiteten, Bräunen und Reisberger, mutwilligerweise durch vollberühmte zertrümmert. Einigen vorbereitenden Begleiteten sandte Reisberger ebenfalls zwei Schüsse nach, ohne zu treffen. Ein anderer Bergmann, Gieder, entrückte sich über das Treiben der jungen Leute, holte von Hause sein Gewehr herbei und forderte sie auf, mit ihm zur Polizei zu gehen, widrigenfalls er schließen würde. Als Reisberger trotzdem ausreichte, feuerte Gieder zwei Schüsse auf ihn ab, durch welche Reisberger außerordentlich schwer verletzt wurde. Alle drei wurden nun unter Anklage gestellt. Die Urteile lauteten folgendermaßen: Reisberger erhielt wegen unbefugten Waffentragens 30 Mk. Geldstrafe, wegen Verletzung 6 Wochen Gefängnis und wegen der Zertrümmerung der Heiligenbilder ein Jahr Gefängnis; Bräunen wurde wegen des letzteren Verbrechens gleichfalls zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Gieder, der wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt war, kam „in Anbetracht der Umstände“ mit einer Geldstrafe von 30 Mk. davon.

Unglücksfall bei einer Militärübung. Aus München wird gemeldet: Am Mittwoch Abend kyppte bei einer Übung der Eisenbahnbataillons auf dem Übungsplatz unierhalb der Bogerbauener Brücke ein Ponton um. Vier Mann stürzten ins Wasser, drei konnten sofort gerettet werden, aber der vierte verstand in den Wellen und ertrank.

Sinterpommerischer Patriotismus. In der zu Rügenwald erscheinenden „Neuen sinterpommerischen Zeitung“ stand am 30. März folgende Anzeige: „Wegen der feierlichen Einholung Sr. Kaiserlichen und Königl. Hoheit des Kronprinzen nehmen wir Freitag, den 2. Juni, Morgens 5 bis 6 Uhr, 7. Juni, 7. Juni, 7. Juni, 7. Juni.“ Ein Patriotismus, der selbst dem Vieh das rechtzeitige Eintreffen zu den Festlichkeiten erwidern will, darf als fernest gelten.

mitglied hatten 76 Prozent Vorteil für die Ratstuchenden gehabt. Dieses Beispiel müßten alle anderen Sekretariate nachahmen und in ihren Jahresberichten das Resultat bekannt geben, dann wäre auch die Generalkommission in der Lage, ihre Statistik entsprechend zu vervollkommen, die jetzt nur einen verschwindenden Teil der Erfolge erwähnen kann.

Zum Schluß erhalten wir durch den Bericht der Generalkommission Aufschluß über die Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Sekretariatsbeamten, die im allgemeinen befriedigende zu nennen sind, wenn auch manches noch gebessert werden könnte. — Die Räumlichkeiten, in denen die Sekretariate untergebracht sind, lassen indes hier und da noch zu wünschen übrig, was aber ausschließlich auf die geringen Mittel zurückzuführen ist. Die Generalkommission bemüht sich, hier reformierend einzugreifen. Sie warnt aber davor, mit der Gründung von Sekretariaten unvorsichtig zu sein, wenn nicht die materiellen Vorbedingungen erfüllt sind.

Mit Vorstehendem haben wir einen übersichtlichen Auszug aus dem Jahresbericht gebracht. So sehr die organisierte Arbeiterschaft ein Recht hat, auf ihre Schöpfungen stolz zu sein und bewiesen hat, daß sie auch über die nötigen Männer aus ihren eigenen Reihen verfügt, welche ihnen auf den verschiedenen Stufen des Rechts und der Verwaltung ratend und talend zur Seite stehen kann, so wenig wird sie trotzdem auf ihren Vorbeeren ausruhen, sondern weiter und weiter streben in Breite und Tiefe, wie es nun einmal im Wesen der Arbeiterschaft begründet liegt. Das unaufhörliche Wachstum der Gewerkschaften wird dafür Sorge tragen, daß auch unsere Arbeiterssekretariate vorwärts kommen und außerdem werden die sicher zu erwartenden gewerkschaftlichen Unterrichtskurse — die sich auch auf die Arbeiterssekretäre erstrecken sollen — einen weiteren Weg zu dem schönen Ziele bilden.

Friedliche Auseinandersetzung.

Trotz der einzelnen Meldungen über kriegerische Maßnahmen schwedischerseits scheint es zweifellos, daß die Ereignisse auf der skandinavischen Halbinsel sich in der Weise fortentwickeln, die Kulturvölkern als die einzig würdige erscheinen muß. Es ist auch kaum denkbar, daß Oskar II. es versuchen sollte, gewaltsam eine Stellung zu behaupten, die ihm von seinem „Arbeitgeber“, dem norwegischen Volk, in aller Form gekündigt worden ist. Vielmehr ist es glaubhaft, was der Christiania-Korrespondent von „Politiken“ aus bester Quelle erfahren zu haben behauptet, daß der König schon vor dem letzten Ereignissen wiederholt in bindender Form versichert hat, was auch in Norwegen geschehen möge, Schweden niemals zu den Waffen greifen werde. Uebrigens spricht, so starke Erbitterung auch in einem Teil der bürgerlichen Presse Schwedens zum Ausdruck kommt, kein einziges Blatt von Gewaltmaßnahmen gegen Norwegen. Selbst die Königsbegeisterten Demonstranten in Stockholm denken jedenfalls nicht an etwas Derartiges; ihre Huldigung ist offenbar mehr als eine Weileidsbezeugung für den König, dessen Schicksal, auf seine allen Tage einen Thron einzubüßen, ja allerdings bemitleidenswert erscheinen kann, eufasien. Es gibt ja in allen monarchischen Ländern Leute, die sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit für ihren König begeistern.

„Die royalistischen Schreier“, schreibt Stockholms „Sozialdemokraten“ mit Recht, „repräsentieren nicht das schwedische Volk. Das Volk ist noch nicht um seine Meinung über die gegenwärtige Lage befragt worden. Seine Meinung hat man noch nicht zu wissen begehrt. Ein bedeutender Teil dieses Volkes hat übrigens schon seine Gedanken und seine Meinung über eine Eventualität wie die nun eingetretene markiert. Die organisierte Arbeiterklasse hat auf dem sozialdemokratischen Parteitag in diesem Jahre ihren Standpunkt deutlich klargestellt, der kurz und gut be-

sagt: Norwegen muß ohne ungebührliche Einmischung seine Angelegenheiten ordnen. Das ist heute ein aktuelles Programm, das wir wieder und wieder, mitten in der Aufregung und dem Lärmen, bekräftigen als Siegel der festen Freundschaft, die in diesen Tagen ihre Probe besteht. Wir lassen die Manifestationen der oberen Zehntausend verklingen und ausloben, wohl wissend, daß sie nicht das einzige und letzte Wort haben.“

Es steht übrigens in wohlthuendem Gegensatz zu dem vom König gutgeheißenen Demonstrationalärm in Stockholm, daß sich die norwegische Regierung alle berartige Huldigungen verbieten hat.

Die Arbeiter bleiben Brüder.

Die Sozialdemokratie Christianias hat am Mittwoch in einer öffentlichen Versammlung ihrer Meinung über die Ereignisse Ausdruck gegeben und folgende Resolution angenommen:

„Die in der öffentlichen Versammlung am 7. Juni 1905 anwesenden Mitglieder von Christiania sprechen dem Störching ihren warmen Dank für seinen Beschluß über die Auflösung der Union aus, fühlen sich jedoch gleichzeitig veranlaßt, von dem Beschluß über das weitere Vorgehen des Königstums Abstand zu nehmen, da die Entscheidung über die zukünftige Staatsform Norwegens dem souveränen norwegischen Volke zukommt. Wir danken darum den fünf Störchingmännern, die gegen diesen Teil des Störchingbeschlusses gestimmt haben und sprechen die Ueberzeugung aus, daß der größte Teil des norwegischen Volkes jetzt eine demokratische Republik wünscht.“

Es wurde ferner beschlossen, der schwedischen Sozialdemokratie folgendes Telegramm zu senden:

Eine öffentliche Versammlung in Christiania-Arbeiterfamfund freut durch die schwedische Sozialdemokratie dem Volke Schwedens einen brüderlichen Gruß in der Ueberzeugung, daß die Auflösung der Union dem Frieden und dem Zusammenhalt zwischen den beiden Völkern förderlich sein wird.

Hierauf hat „Sozialdemokraten“ in Stockholm folgende Antwort telegraphiert:

„Mit brüderlichem Gruß beantworten wir die Botschaft der Versammlung in Christiania-Arbeiterfamfund, indem wir erklären, daß wir Eure Ueberzeugung, die Sache des Friedens und des Zusammenhalts werde durch das auf der Sympathie der Völker beruhende gute Einvernehmen gefördert werden, teilen.“

Nach auf wirtschaftlicher Gebiete beweist die Sozialdemokratie, daß ihre Union nicht gelöst ist: Aus Anlaß der Aussperrung der schwedischen Eisen- und Metallarbeiter haben die norwegischen Fachverbände beschlossen, die Aussperrten durch Geld zu unterstützen.

Wie die Mätter berichten, hat der schwedische Minister des Auswärtigen sämtliche Konsulate, welche früher für Schweden und Norwegen gemeinschaftlich tätig waren, ein Rundschreiben zugestellt, worin er ihnen verbietet, irgendwelche Anordnung von der norwegischen Regierung entgegenzunehmen, da diese von schwedischer Seite nicht anerkannt sei. „Morgenbladet“ fügt hinzu, daß die Antwort hierauf von Seiten der Konsulate gewiß die sein werde, daß alle norwegischen Beamten im Konsulatswesen ebenso wie die Gesandten augenblicklich ihren Abschied aus dem Dienst verlangen werden, welcher also jetzt für ausschließlich schwedisch erklärt wird.

Freitjos Hansen.

Der bekannte Nordpolfahrer, war anscheinend von der norwegischen Regierung als erster Präsident der Republik in Aussicht genommen. Er hat es aber, wie bereits mitgeteilt, abgelehnt, eine Stelle in der neuen Regierung anzunehmen. Er erfüllt nicht die geforderte vorgeschriebene Bedingung für norwegische Staatsdiener, daß er der Staatsreligion angehören müsse. In diesem Punkte ist das norwegische Volk noch rückständig. Vielleicht ändert sich das jetzt.

Arbeiterbewegung.

Einen Einhaltsbefehl hat die vierte Zivilkammer des Landgerichts Nürnberg in Sachen des seit einigen Wochen andauernden Bäckerstreiks erteilt. Die Streikleitung der Bäckerarbeit hat in der „Frankischen Tagespost“ Interzate erlassen, in denen die Namen der Meister veröffentlichen wurden, die die Forderungen der Gehilfen bewilligt haben; dabei stand die Aufzählung an die Nürn-

berger Arbeiterschaft, nur bei solchen Meistern einzukaufen, die bewilligt haben, nebst der Bemerkung: „Selbst einer gemäßigten Arbeiterschaft an ihren Menschenrechten.“ Die Vorstände der Bäckermeister-Korporationen und neun Meister stellten darauf beim Amtsgericht den Antrag, durch vorläufige Verfügung die weitere Veröffentlichung dieses Interzates bei Strafe zu untersagen. Das Amtsgericht wies diesen Antrag ab, aber das Landgericht erklärte ihn auf erhobene Beschwerde hin für begründet und verbot auf dem Wege einwirklicher Verfügung dem Verlag der „Tagespost“, dem Bäckerverband, dem Vorsitzenden der Zahlstelle Frick, dem Gauleiter Gahner und dem verantwortlichen Redakteur der „Frankischen Tagespost“ Stauffer, bei Vermeidung einer Geldstrafe von 1500 Mk. wegen jeder Zuwiderhandlung, in öffentlichen Rundschreibungen die Einwohner der Stadt Nürnberg aufzufordern, den Bedarf an Brot nur in solchen Bäckereien, die die Forderungen der Gehilfen bewilligt haben, zu decken und mittels solcher Rundschreibungen Menschen zu verbreiten, als ob die Gehilfen bei den Meistern, die sich ihren Forderungen nicht unterwerfen, geknechtet und ihrer Menschenrechte beraubt seien.“

Die „Siegreichen“ Bäckermeister werden von ihrem „Erfolg“ keinen Nutzen haben, das Publikum wird den streikenden Bäckern jetzt erst recht seine Sympathie anwenden. Am 8. Juni wird eine Genossenschaftsbäckerei unter dem Namen „Votivbrot“ eröffnet, deren Existenz bereits durch reichliche Bestellungen gesichert ist.

Da die Einhaltsbefehle jetzt immer mehr als Kampfmittel im Interesse der Unternehmer zur Anwendung gelangen, werden die Arbeiter zu überlegen haben, wie sie den beabsichtigten Zweck trotzdem erreichen. Der in Rede stehende Einhaltsbefehl schließt übrigens schon nicht aus, daß eine einfache Liste der Firmen, die bewilligt haben, veröffentlicht wird. Was zur Bedeutung dieser Veröffentlichung zu sagen ist, das läßt sich an anderer Stelle in Form von Betrachtungen geben. Das wäre schon ein Mittel, um solchen Einhaltsbefehl wirkungslos zu machen.

General-Versammlung des deutschen Bergarbeiter-Verbandes. Im großen Saale des Berliner Gemeindefausthauses begann Sonnabend Vormittag unter ungemein zahlreicher Beteiligung von Delegierten aus allen Bergwerksbezirken des Reichs die Generalversammlung des deutschen Bergarbeiterverbandes. Der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Sacke, eröffnete die Tagung mit einer längeren Ansprache, in der er die Lage der Bergarbeiter besprach und die im Landtage angenommene Vergeltnouelle einer scharfen Kritik unterzog. Mit Bezug auf die Novelle führte Sacke aus:

„Unser Stimmzettel verhält, die Versprechungen sind nicht gehalten worden, wir sind elend im Stich gelassen worden. (Stürmische Zustimmung.) Im Stich gelassen sind wir von der preussischen Regierung und auch von den Parteien, die sich als arbeitersfreundlich im preussischen Parlament aufspielen. Ich glaube nicht zuviel zu sagen, wenn ich konstatiere, daß an den Bergarbeitern ein schmachlicher Verrat geübt worden ist. (Lebh. Beifall.) Ich konstatiere, daß auch heute noch die deutsche Arbeiterschaft in diesem Punkte einzig ist und daß auch die christlichen Kameraden, genau wie wir, die Geburt, die das preussische Klassenparlament geboren hat, für eine Mißgeburt halten.“

Darauf wurde Sache und Schröder zu Vorsitzenden gewählt. Der Bergarbeiter Husemann-Vorhann referierte über die Erhöhung der Beiträge und die Einführung von Notunterstützung bei Krankheitsfällen. Die jetzigen Beiträge von 20 Pf. pro Woche seien durchaus ungenügend. Der Redner empfahl die Einführung eines Staffeltarifs. Für einen Durchschnittslohn von 3,25 Mk. sollte der Beitrag hiernach 30 Pf., bis zu 3,75 Mk. Durchschnittslohn 40 Pf., bei höheren Lohnverhältnissen würden somit im Ruhrrevier 50 Pf., im Saarrevier und Ober-Sachsen 40 Pf., in Oberschlesien, Sachsen und im Bezirk Halle 30 Pf. Wochenbeitrag erhoben werden. Zu diesem Vorschlage des Verbandsvorstandes lagen zahlreiche Änderungen vor. So fordern Anträge aus dem Ruhrrevier eine gleichmäßige Erhöhung des Beitrags auf wöchentlich 50 Pf., andere 40 Pf.

Am dem Generalstreik in der Zigarrenbranche in Dresden beteiligten sich nach genauen Feststellungen des Arbeitgeberverbandes 2740 Personen, darunter 1829 Zigarrenarbeiterinnen. Die Zigarrenarbeiterorganisation hat bei der Berliner Gewerkschaftsorganisation beantragt, dafür einzutreten, daß die Berliner Arbeiterschaft über die Fabrikate der Dresdener Streikfirmen den Boykott verhängt. Die Kartonnagen-Fabrikantenverbände haben sich mit der Zigarrenindustrie solidarisch erklärt, so daß Kartonnagenarbeiter, die früher in Zigarrenfabriken beschäftigt waren, während des Streiks nicht beschäftigt werden dürfen.

Zur Verhandlung der Porzellanarbeiter ist durch eine Urabstimmung der Verbandsmitglieder die obligatorische Einführung der Krankenzuschüsse beschlossen worden. Bei der Abstimmung stimmten 4329 Mitglieder mit Ja und 3662 mit Nein.

Mit einem Sieg für die Arbeiter ist die von den Unternehmern hervorgerufene Aussperrung der Wiener Zimmer beendet worden. Die Unternehmer waren einischtsvoll genug, den zwecklosen Kampf aufzugeben und die Aussperrung mit einem vollständigen Kollektivvertrag abzuschießen. Danach bekommen die Gehilfen von der ersten August-Week an den Minimallohn von 4,25 Mk.; bis dahin werden 4 Mk. bezahlt statt der bisherigen 3,40 Mk. Es ist also ein glänzender Erfolg, den die Arbeiter aus-

Reise nach Braconry fortgesetzt hat, dort aber nicht eingetroffen ist. Der Dampfer ist zweifellos mit seiner 38 Mann starken Besatzung untergegangen.

Ein fiesles Weingelagte „der Raß“ gab es am Osterabbahol in Dagen. Für eine Firma war dort eine Weinladung angekommen, von der ein Fuder auf dem Transport beschädigt war. Die 100 Liter Uebriggebliebenen liefen auf die Straße und von allen Seiten liefen Erwachsene und Kinder vorbei, um das leckere Raß in Eimern, Krüben und Tassen, selbst in Hüten aufzufangen. Viele Krugchen lagen weit auf der Erde, um den Frank zu schlürfen.

Ein drohendes Kleinbahnunfall wird im „Engerischen Anz.“ (Wettalen) mitgeteilt: „Am Sonntag Abend war es der Kleinbahn nicht möglich, sieben vollgeladene Wagen mit Personen durch die Föhrenhäuser Kurven zu bringen. Man forpette den halben Zug ab und ließ ihn auf der Straße stehen, während der erste Teil die Weide erklomm. Bis Abfahrt des zweiten Teiles des Zuges verankerten sich die Bahnräder, nach Feuerwehrenten, unter den Klängen der Kapellen mit Tansen und Polonaisen durchs Föhrenschloß. Eine fremde Frau suchte eine benachbarte Wohnhaus an und wurde hier — von einem kleinen Jungen erlindend. Donnernde Gohs der Feuerwehrenten mit dem Lusch der Kapellen begrüßten den kleinen Kameraden.“

Einem originalen Wackereport entlehnte ein Kammandant der Kaiserregade des 2. Pionier-Regiments in Speier. Der Eintrag lautet: „Pionier R. N. mit einem Stiefel Rindvieh um eine Straße zu spät von Philippsburg empariert.“ Der Unteroffizier, hierwegen zur Rebe geteilt, sagte, nur den wahren Sachverhalt gemeldet zu haben. Hiernach traf der betreffende Pionier der 2. Kompagnie am Freitag früh 3 Uhr mit einem jungen Hind an der Kaiserne ein und machte seine Meldung. Er hat das Tier am Abendmal bei der Rheinländer Föhre heftlos angegriffen und in seiner Föhrenschloß daselbst mitgenommen. Da er nicht wußte, es unterzubringen, nahm er es mit in die Kaiserne, wo es bis zum Morgen unterbracht fand und dann im Schlaftstaus abgetötet wurde. Es gehörte einem Metzger, dessen Föhler es beim Transport angriffen war. Der Pionier überbringt insolge dieses Viehtransportes seinen Urlaub um eine Stunde. Infolge der Eigenartigkeit des Falles erlitt er keine Bestrafung.

Der geheimnisvolle Nacht. Seit einiger Zeit streute im Nordischen Meer eine geheimnisvolle Nacht, die ziemlich groß und sehr flach gebaut und ganz schwarz gefärbt ist, außerdem weder Höhe noch Namen läßt, so daß die Fischer sie bei den fliegenden Holländer nennen und die Absicht ausdrücken, das unheimliche Schiff bei der nächsten Gelegenheit in die Luft zu sprengen. Fischerboote und Fischdampfer, die der Nacht begegnen, berichten, daß die Nacht sehr elegant uniformierte Mannschaft habe, und daß sich etwa ein halbes Duzend Göße an Bord befänden. Als der Föhler-

dampfer „Gedolle“ einmal Nachts keine Antwort auf seine Signale erhielt, richtete er einen Scheinwerfer auf die Nacht. Man sah eine Anzahl Herren und Damen in phantastischer Kleidung auf Deck bei einem Festmahlfesten, andere wieder tanzten. Man hat nun insofern wenigstens eine Aufklärung über die geheimnisvolle Nacht erhalten, als ein Bauer anzuzeigen, daß jetzt nach Kroation zurückgekehrt ist, nachdem es vierzehn Tage verschwunden war, Räheres berichtet hat. Das Mädchen erzählt, eines Tages seien einige uniformierte Soldaten an Land gekommen und hätten sie überredet, an Bord zu kommen, um dort ihre Gemüse zu verkaufen. Sie habe es getan und man habe sie in eine sehr elegante Kabinette geführt, wo man ihr Champagner gab, bis sie sehr betrunken war. Als sie erwachte, befand sich die Nacht bereits auf hoher See, sie selbst war vollständig angegriffen, und an Stelle ihrer Kleider habe man ihr andere aus Seide mit Spitzen herüber hingeworfen. Sie zog diese Kleider an und ging dann auf das Deck, wo sie ein halbes Duzend Herren und andere Mädchen entraf, die wohl das gleiche Schicksal hatten wie sie. Es wurde ihr von viel Geld verschrieben, wenn sie an den Ferngänger teilnehme. Man ging an Tisch und 1 1/2 Tage hindurch wurde ohne Unterbrechung gegessen, getrunken und getanzt. Die Erzählung des Mädchens von den Dingen, die auf der Nacht vor sich gingen, erinnert stark an die Novellen des Bocaccio. Nach zehn Tagen dieses Lebens war das Mädchen vollständig kaputt, und es wurde dann an dem Ort, wo es das Mädchen wünschte, an das Land gesetzt, reich mit Goldstücken beschenkt. Das Mädchen würde nicht, wer die Herren waren, sie sprachen alle perfekt englisch, französisch, italienisch und deutsch und sahen alle sehr aristokratisch aus. An Bord befanden sich noch mehr Mädchen, alle phantastisch gekleidet. Ein Fischer, der Fische an Bord der Nacht brachte, bestätigte die Angaben des Mädchens über die Personen des geheimnisvollen Schiffes. Es scheint, als ob die aristokratischen Herren das geheimnisvolle Schiff brauten, um ganz ungehindert die tollsten Drogen feiern zu können.

Submissionen. Bei der Vergabung der Aufreicherungarbeiten an Ludenitz zu Berlin wurden folgende Offerten abgegeben. Es verlangten:

Lohgenmuth	5918 Mk.
Stelbe	4772
Kampidid	5656
Hänermann	5967
Hütterhaus	6688
Rönnemann	5434
Reilmann	5371
Schmitz	5389
Berner	4462
Beck	3264

Bei der Vergabung der Glaser- und Aufreicherungarbeiten an der oberen Mühlengasse forderten:

Könnemann	2441.90 Mk.
Bwe. von Werne	2848.48
Düsterhaus	2043.88
Luppe	3005.50
Schmitz	2428.90
Knov	2291.00
Winkel	2138.00
Stolbe	1798.00
Krause	1694.00
Sünermann	1897.75
Hilbert	2292.35

Entweder soll von der einen Seite die Stadt ganz gebüdig abers Ohr gebaut werden, oder die andere Seite sucht sich durch die Ausbesserung der Gehilfen oder durch schlechtes Material schadlos zu halten. Das Kapitel vom Submissionsanwesen erzählt durch obige Zusammenstellung einen wertvollen Beitrag.

Poesie und Liebe. Eine Leserin schreibt der „Täglichen Rundschau“: In einer Gemeindefaustklasse entdeckte ich folgenden Verschen, das die kleine-Amta ihrer Freundin Erna ins „Poesealbum“ geliefert hat:

Das Rumpchen, das brennt Trübe;
Es wehlt sie an das Fett;
Dem Königin, den ich Liebe,
Der liegt schon lang ins Bett.
Das wünscht Dir Deine treue Freundin
H u n a .“

Litteratur.

„Kommunale Praxis“, Zeitschrift für Kommunaholitif und Gemeindefaustalismus, herausgegeben von Dr. A. S i b e l u m, Berlin. Die „Kommunale Praxis“, die vom 1. Juli d. J. ab ohne Erhöhung ihres bisherigen Preises wöchentlich erscheinen wird, bietet in der neuesten Nummer außerordentlich viel interessanten Stoff aus allen Gebieten des Gemeindefaustens. An leitender Stelle wird zunächst der Wahlrechtskampf in Hamburg einer ebenso scharfen wie gründlichen Kritik unterzogen. Emil Fischer deckt nicht nur die Ungerechtigkeit sondern auch die Sinnlosigkeit dieses reaktionären Streiches auf. Aus dem Inhalt heben wir ferner noch den Abschnitt der umfassenden Studie von Dr. Endemann über die Geistliche Verwaltungsreform hervor, in der alle Fragen der Gemeindefaustonomie behandelt worden sind.

Die Zeitschrift kostet vierteljährlich nur 2 Mk.; Probenummern gänzlich frei durch den Verlag der „Kommunale Praxis“, Berlin W. 16.

der Ansperrung beibringen. Er erstreckt sich auf den Lohn nicht allein; auch die übrigen Punkte des Vertrags bringen ihnen mancherlei Unannehmlichkeiten, deren Wert dadurch erhöht wird, daß nicht der einzelne Unternehmer die Abmachungen jederzeit wieder durchbrechen kann.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 18. Juni.

Aufzug oder nicht?

Im vorigen Jahre lehnte die Stadtverordneten-Versammlung einen Magistratsantrag ab, wonach für den Wassertransport in der Südvorstadt ein elektrischer Aufzug zur Aussichtsplattform gefordert wurde, dessen Einrichtung einen Kostenaufwand von 16,000 Mark nötig machen sollte. Der Magistrat bringt für die nächste Stadtverordneten-Versammlung diesen Antrag in der Form nochmals ein, daß er den Stadtverordneten einen entsprechenden Antrag des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs mit dem Hinzufügen unterbreitet, daß er, der Magistrat, mit einem zustimmenden Beschlusse der Versammlung gern einverstanden sein würde. Gleichzeitig werden die Kosten des Aufzuges neu berechnet, auf 12,000 Mk. statt 16,000 Mk. bei dem vorjährigen Antrage. Für die Benutzung des Aufzuges sollen von der Person 10 Pfennige erhoben werden und der Magistrat glaubt, hierdurch würden sich Vergütung und Tilgung der Anlagekosten, sowie die Kosten des Betriebes decken lassen. Eine steinerner Treppentreppe würde 3000 Mk. kosten, diese würde, wenn der Aufzug bewilligt wäre, fortfallen und die damit verbundenen Kosten auf 9000 Mk. ermäßigt. — Trotzdem diese Angelegenheit gar keine große Bedeutung hat, steht es zu erwarten, daß die „sparsamen“ Stadtväter, denen es auf 30,000 Mk. zu Kronprinzengründen gar nicht ankommt, wieder lange darüber debattieren werden. In Kleinigkeiten sind sie immer groß!

Gondeln im Südpark.

In den neuesten Stadtverordneten-Vorlagen ersucht der Magistrat die Stadtverordneten-Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Südpark vom Sommer 1906 ab zu Gondelfahrten benützt werde. Die Nutzung soll öffentlich ausgeschrieben werden. Begründend führt der Magistrat u. a. an: „Infolge einer Anregung aus Bürgerkreisen hat sich die Promenadenkommission mehrfach mit der Frage beschäftigt, ob Teile der städtischen Gewässer für das Gondelfahren freigegeben seien und hat uns schließlich empfohlen, mit dem Südpark einen Versuch zu machen. Es sollte damit dem Südpark ein neues Moment der Fröhlichkeit, zumal auch für die Jugend, eingefügt, und das Bild der Wasserfläche für die Besucher belebter und freundlicher gestaltet werden. Voraussetzung war dabei, daß durch Verordnungen für geschmackvolle Einrichtungen und für Hintanhaltung von Unsauberkeit, Lärm, Unfug und Beschädigungen gesorgt werde. Werden diese Unannehmlichkeiten vermieden, so fallen damit die Hauptgründe weg, die gegen die Freigabe des Teiches für die Belustigung durch Gondelfahren sprechen. Die Fischzucht kann darin nicht rationell betrieben werden, weil es nicht möglich ist, den Teich vollständig abzuschließen und die Belustigung der Wasserfläche durch gut gebaute Boote wird dem ohnehin stark besuchten Park eher nützen als schaden.“

* **Ueber die hohen Schweinepreise** hat ein wohlhabender Fleischermeister in Königshütte, dem „Oberschles. Tageblatt“ zufolge, allerliebste Zustände ausgeplaudert, die weitest Verbreitung verdienen, er sagte:

Wenn ein russisches Schwein 320 deutsche Pfund lebendes Gewicht hat, so geben hiervon 20 Pfund als Abgänge beim Schlachten ab. Das Schwein kostet 144 Mark. In dieser Summe sind auch sämtliche Geschäftskosten und Gebühren enthalten. Der Preis schwankt auf dem Eschewitzer Markt zwischen 25 und 36 Pfennig für das Pfund. Der Fleischer verkauft das Fleisch also um hier mit 70 bis 80 Pfennig, so daß er, wenn seine Ausgaben auf insgesamt 45 Pfennig berechnet werden, durchschnittlich 30 Pfennig an einem Pfund verdient. Das ist der Reingewinn, den die Fleischer immer abzurufen, und der auch in der Tat nicht so hoch zu sein braucht. Ein einziges russisches Schwein trägt dem Fleischer bare 90 Mark ein. Das Festhalten der hohen Preise wird durch die entsprechenden Preise begünstigt, die gegenwärtig für inländische Preise gefordert werden, denn wenn wirklich einer oder der andere Fleischer die Preise herabsetzen wollte, so würden ihm sofort von den ausländischen Personen, die bei der Verteilung der russischen Schweine mitwirken haben, diese ganz oder teilweise entzogen werden, und zwar aus dem Grunde, weil es ihm offenbar zu gut geht und die Schweine insoweit einem ärmeren Kollegen zugewendet werden müssen.“

Die Agrarier schreien und erreichen die nötigen Zölle und Abperrungen und teilen dann mit dem „Bruder“ Fleischermeister, der die Preise um fast 100 Prozent über ihren Einkaufspreis in die Höhe treibt. So geht der Raub an dem Fleischnahrung und damit an der gesunden Ernährung des arbeitenden Volkes vor sich.

* **Ein netter Heberschuh.** In den Stadtverordneten-Vorlagen wird nunmehr die Höhe des Kammereiberschusses aus dem Rechnungsjahre 1904 bekannt gegeben: 2,331,925.25 Mark, also rund 2 1/3 Millionen Mark! Trotzdem besteht die Schlichtsicherheit weiter!

* **Zur Reichstagswahl in Kattowich-Zabrze** wird jetzt gemeldet, daß das Wahlkomitee der Zentrums-partei beschlossen hat, den Pfarrer Kapiza in Tichau als Kandidaten aufzustellen. Damit ist die Kandidatenliste für den heiß umrittenen Wahlkreis fertig: Korfanti für die Polen, Kapiza — der bekannte Maßfaktelsapostel — für das Zentrum, Rauwanna für die Liberalen und Morawski für die Sozialdemokraten. Die Nachricht, daß auch die Palatisten in Verbindung mit der Hüftenpartei einen eigenen Kandidaten aufstellen wollten, ist noch nicht bestätigt.

* **Auf der Tagesordnung für die Stadtverordneten-Versammlung** am Donnerstag den 15. d. M. stehen u. a. folgende neue Vorlagen: Verlängerung von Verträgen über die Anstellung von Zeitungsredakteuren; Zustimmung des Ausschusses über die Schaffung der Stelle eines Rechnungsrates und über die Revision der Sparkassenbeamten; Anlagen an der Kaiserstraße; Zustimmung des Ausschusses über

den Ausbau der Straße Lang der Ostwitzer Kirche; Prüfung und Entlassung von Beamten; Anstellungen; Klage über die Festsetzungen für die Bodenbesitzer und die Palaststraße, für das Eichenbäumchen zwischen dem Schwidnitzer Stadtpark und der Langenstraße und für das alte Ende der Kupferstraße neben deren Einmündung in den Neumarkt; architektonische Aufnahme der Häuser Ring 1 und 2; Anlauf von Grundstücken in Krieger; Abschluß der Stadthauptkasse für das Rechnungsjahr 1904; Anschaffung eines Transportwagens für die Desinfektionsanstalt; Feststellung im Stadttheater für den Deutschen Apothekerverein; Kanalisationskanal auf der Westseite der äußeren Kaiser Wilhelmstraße; Schließung des Durchganges durch das frühere Elisabethgymnasium; Vermehrung von Religionsstunden bei der Realgymnasialabteilung der Viktoriastraße; Verpachtung der Jagdgründe auf dem Hühnerberg und Kollerer Kaserne an den Kommandierenden General von Wobersich; Bau von Volkshäusern: auf dem Grundstück Ohlauer Chaussee 56/58 und auf dem Leichdamm; Besetzung der Mietverträge um das Viktoria- und um den Stadtpark; Verbenennung der Werkstätten der Handwerker-Schule und der städtischen Betriebswerke zur Abhaltung von Meisterkursen; Bau eines zweiten Brückenhäuschens an der Burgstraße (Weberbrücke); Landankauf in Kabanitz für die Zwecke der Grundwasserentwässerung.

* **Ein beklagenswertes Geschick.** Der Kösliner Kreis-Arzt Dr. Wagner war wegen der in Schlesien epidemisch herrschenden Genickstarre nach Beuthen geschickt worden, wobei ihm vor 8 Tagen seine Frau befuhrte. Kaum dort eingetroffen, erkrankte dieselbe und verstarb innerhalb 24 Stunden an Genickstarre. Dr. Wagner selbst kehrte Donnerstag nach Köslin zurück. Bald traten bei dem bedauernswerten Manne aber Erscheinungen hervor, die auf Gemüts-Krankheit schließen ließen und wurde deshalb seine Ueberführung nach der Heilanstalt Bergquell notwendig.

* **Menzelstraße.** Auf Antrag des Magistrats hat die Straßengemeinschaft der Südvorstadt (Sogenannter Habiger Verbindungsweg), welche von der Straße 33 des erwähnten Bebauungsplanes ab in östlicher Richtung bis zur Steinstraße führt und in diese kurz vor der Herdstraße einmündet, die Bezeichnung Menzelstraße erhalten.

* **Als äußerst schwierigen Transport** erweist sich, so wird aus Banzlau berichtet, die dort von der Firma Felder u. Wimmel angefertigte und für den Bismarckbrunnen in Breslau bestimmte Brunnenchale. Das aus einem Steinblock von mächtigen Dimensionen hergestellte Stück sollte mit der Eisenbahn sondern mittels Wagen nach Breslau geschafft werden. Es waren dazu Unterhandlungen mit den verschiedenen Eisenbahngesellschaften notwendig, um die Genehmigung zum Transport zu erlangen. Der Firma wurden verschiedene Bedingungen auferlegt, unter anderen sollte sie sich dazu verpflichten, sieben im Zuge der Chaussee bis Breslau liegende Brücken nach Vorchrift abzutragen, weil man für die genannten Ueberbrückungen durch den Transport des etwa 200 Zentner schweren Steinwerks Nachteile befürchtete. Von Deutsch-Pissa aus wurde der Transport aus mancherlei Verhinderungen überhaupt nicht gestattet. Die Firma hat sich daher entschlossen, die Brunnenchale nun doch mit der Eisenbahn nach Breslau schaffen zu lassen. Infolge der bedeutenden Umstände der Sache wird dieselbe verfrachtet werden. Das schöne Steinwerk, das vom Platze der Werkstätte aus unter vieler Mühe nach dem Hüttenwege geschafft worden war, um von dort nach der Gärtnerei Chaussee gebracht zu werden, mußte nun in die Werkstätte zurückgebracht werden.

* **Der Vater und seine Söhne.** Ein interessanter, aber an sich bedauerlicher Familienstreit beschäftigt das hiesige Familienrechtgericht. Der alte Kaufmann W. zog früher auf Märkte und hat mit seiner Familie immer sehr kümmerlich gelebt. Inzwischen sind seine Söhne erwachsen und haben eine Handelsfirma in Breslau und Shanghai errichtet. Vor einiger Zeit wurde der Vater als Buchhalter in das Geschäft in China genommen. An Gehalt wurden für den Vater 150 Mk. pro Monat festgesetzt, die aber an die Mutter zur Auszahlung gelangten. Der Vater erhielt außerdem ein monatliches Taschengeld von 25 Mk. Er zeigte sich aber für den Posten nicht recht geeignet und wurde deshalb nach Europa zurückgeschickt, wobei man ihm versicherte, er brauche auf seine alten Tage nicht mehr auf die Märkte fahren. Die 150 Mk. wurden altnormale an die Mutter weiter ausgezahlt. Jetzt klagte der Vater gegen die Söhne auf Zahlung einer monatlichen Rente von 150 Mk. und stützte sich dabei auf das Versprechen, daß er nicht mehr auf die Märkte zu fahren brauche. Die Söhne gaben an, der Vater leide keine Not. Geld könne man ihm aber nicht in die Hand geben. Er verbrachte es dann zu allen möglichen Experimenten und die Familie müsse not leiden. Er hänge viel leicht der Idee nach, das perpetuum mobile zu finden zu können. Dies sei der Grund, warum man das Geld an die Mutter anzahle. Der Vorsitzende riet, dem Vater wieder ein kleines Taschengeld anzusetzen. Auch dies wurde von den Söhnen abgelehnt. Es habe gar keinen Zweck, ihm Geld in die Hand zu geben, er gebe dies doch nur für nutzlose Zwecke aus. Für notwendige Ausgaben erhalte er von der Mutter genügend Geld. Die Klage des Vaters wurde abgewiesen. Aus seinem Arbeitsverhältnis bei den Söhnen könne er keine Ansprüche herleiten. Glaubere einen berechtigten Grund zur Beschwerde zu haben, so könne er seine Ansprüche nur auf dem Wege einer Alimentationsklage gegen die Söhne vor dem ordentlichen Gericht geltend machen.

* **Vermisst** wird seit dem 8. d. M. die 70 Jahre alte Witwe Henriette Weiser, Sternstraße 4. Sie trägt ein graues Kleid und einen schwarzen Hut.

* **Zusammenstoß.** Am 7. d. M. Abends stieß ein mit Maschinen beladener Wagen auf der Kaiser Wilhelmstraße mit einem Straßenbahnwagen zusammen. An diesem wurde der Vorderperson stark beschädigt.

* **Verloren** wurde am zweiten Feiertag, Abends zwischen 10 und 11 Uhr, ein Spazierstock (Kohler) auf dem Wege Rudorf-, Goethe-, Pöfchen- und Friedrichstraße. Gegen hohe Belohnung abzugeben an Julius Peterhilt, Buchdruckermeister, Kopsplatz 8, IV.

* **Gefahren** wurden einem auf einer Promenadenbank eingeschlafenen Schmied eine Antenuhr, Nr. 42,314, einem Pferdebesitzer eine silberne Remontoiruhr. — Am 6. d. M. kam ein Mann in ein Goldwaarengeschäft auf der Kupferstraße und suchte sich zwei Trankringe aus. Schließlich erklärte er, daß er Geld nicht bei sich habe und deshalb nur erst einen Ring mitnehmen werde. Er werde bald wiederkommen, um zu bezahlen und den anderen Ring zu erhalten. Der Mann hatte, wie nach seinem Weggang bemerkt wurde, anstatt des goldenen Ringes einen ganz wertlosen Ring zurückgelassen. Der Betrüger war etwa 30 Jahre alt, hatte blonden Schmelzhaar und trug an einem Finger der rechten Hand einen Lotenring.

* **Festgenommen** wurden ein Malergehilfe und ein Arbeitsbursche wegen Diebstahls.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 9. d. M. 30 Personen eingeliefert. — Gefangen wurden: eine Korallenbalkette, eine silberne Damenuhr mit goldener Kette, eine Kiste Wein und ein Fass Fett. — Abgehändelt kamen: ein Pompadour mit 10 Mk. ein Hundertmarktschein, ein Stück österreichische 4 1/2 prozentige Kronenrente Nr. 380,067, ein Postemancipat mit 100 Mark.

* **Größter Unfall.** Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern Abend auf der Bahnstrecke zwischen Grottkau und Deutsch-Weipe. Aus dem am 8. 1/2 25 Uhr von Brieg hier eintraffenden Personenzug war eine ältere Frau aus einem Abteil vierter Klasse herausgesprungen, die nach Falkenberg O. S. zum Besuche ihrer Kinder rief. Sie hatte verabsäumt, in Deutsch-Weipe umzusteigen, war ohne Ueberlegung der Folgen die Wagentür geöffnet, um während der Fahrt auszu steigen. Dabei kam sie so unglücklich zu Fall, daß sie schwer

Verletzungen am Kopf und an den Armen davontrug, und den Bewußtlosigkeit erlag. Als das Bahnpersonal sie auffand, wurde sie auf den Bahnhofsplatz gebracht, wo ihr ärztliche Hilfe zuteil wurde. Die Verletzungen waren aber so umfangreich, daß sie denselben nach längerer Zeit erlag. Die Frau stammt aus Breslau und wollte das Pfingstfest bei ihrem Sobole in Falkenberg verleben.

* **Stiegen, 11. Juni.** Stadtverordnete n. s. i. n. g. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten gibt Stadt. Rink bekannt, daß die Regierung zu dem gebildeten Fronk in Höhe von 600 Mark behufs Ueberbringung geblühiger Lungenkrankheit die Genehmigung erteilt hat. Ueber die Bewilligung von Mitteln aus Sparkassenüberschüssen zur Kanalisation der Bahnhofstraße von der Gasanstalt bis zur Gaidamerstraße referierte ebenfalls Herr Rink. Es sollen 80 Zentimeter weite Rohre gelegt werden, die das Wasser aus der Gaidamerstraße aufnehmen. Es werden hierzu 2500 Mk. bewilligt und da die Kanalisation bis zur Fertigstellung der Badeanstalt geleitet sein soll, so soll der Bau sofort vergeben werden. Herr Bürgermeister Preuß erklärt noch, daß der Magistrat dem allgemeinen Projekt der Kanalisation sofort näher treten wird, sobald im Stadtverordnetenkollegium und der Bürgerchaft ein größeres Entgegenkommen vorhanden sein wird. Von einer Scheinung des Herrn Steinbrückener Lehmann von 1000 Mk. zu der bereits bestehenden E. Lehmann'schen Stiftung wird der Verwaltung Kenntnis gegeben. Der Anstellung des Bademeisters Herrn Ludwig vom 1. Juni d. J. ab stimmte die Versammlung zu und bewilligte ihm, einschließlich für die Dienstverrichtung seiner Frau, ein Gehalt von 1200 Mk. jährlich nebst freier Wohnung, Heizung und Beleuchtung. Die Verpachtung der ausgeschalteten Alt-Striegauer Sandgrube und des alten Brachhausplatzes in Höhe von 28,28 Ar an Herrn Gutbesitzer Reichwald auf 12 Jahre wurde genehmigt. Derselbe hat für die ersten vier Jahre nichts, für jedes der folgenden acht Jahre 15 Mk. Pacht zu zahlen.

* **Streichen, 12. Juni.** Eine Volksversammlung fand am 1. Pfingstfesttag auf Veranlassung des Wahlvereins statt, in der Genosse Feldmann aus Langenbielau über die Reichspolizei referierte. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. In der Debatte sprach Genosse Kambach besonders über die hiesigen Zustände. So z. B. verdienen ein Arbeiterlohn pro Tag 1,70 Mk., bei 10-12stündiger Arbeitszeit und beträgt es nach 15 Jahren auf Lage und Jahre 2,20 Mk. pro Tag. Nachdem noch andere Redner sich mit dem Referenten einverstanden erklärten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

* **Biegung, 10. Juni.** Das Gewerkschafts-Komitee tagte am Donnerstag im Gewerkschafts-Komitee. Zuerst sprach man zur Wahl des Vorsitzenden; dieselbe erledigte sich resultatlos, da sämtliche in Vorschlag gebrachten Genossen abgelehnt wurden. Man bestimmte hierauf sieben Genossen, welche dem Kartell geeignete Vorschläge unterbreiten sollen, eventuell sollen auch Genossen in Vorschlag gebracht werden, welche dem Kartell als Delegierte mitgehen. Zum Schriftführer wird Genosse Hille (Metallarbeiter) mit 20 Stimmen gewählt. Die Delegierten der Tabakarbeiter berichteten über den Stand der Gigarettenarbeiter und Arbeiterbewegung in Dresden und eruchten um moralische Unterstützung der Kampfen, indem die Produkte der im Unternahmerverband vereinigten Fabriken beim Kauf zurückgewiesen werden sollen, auf die Wiedergabe der Firmen können wir hier wohl verzichten, da sie wiederholt an anderer Stelle des Blattes erwähnt sind. Es wird noch empfohlen, sich die Namen der Firmen und der Arbeiterpreise auszusuchen und aufzubewahren, um immer zu wissen, welche Firmen es sind, die ihren Arbeitern das Koalitionsrecht vorenthalten. Eine materielle Unterstützung wird unter Hinweis auf die Beschlüsse des Gewerkschafts-Kongresses einstweilen abgelehnt. Nordwäcker Meier berichtete über den Korbmacherstreik bei der Firma S. o. n. e. n. g., nachdem in der zweiten Woche des Kampfes 4 Kollegen den Streikenden in den Rücken fielen, zu denen sich noch ein 5. Streikbrecher gesellte, mußte der Kampf abgebrochen werden, durch abschließende Unterhandlung wurde die 10stündige Arbeitszeit und 5 Pf. Zuschlag für Ueberstunden zugestanden, eine Lohnhöhung und die Wiedereinstellung der Gemäßigten abgelehnt. — Von den 5 Arbeitswilligen waren 4 Mitglieder des Fabrikarbeiter-Verbandes und ein Gewerkschafter (Vorsitzender des Fabrikarbeiter-Gewerksvereins). Der Vorsitzende gibt sodann einen Bericht über die Brauerbewegung. Als die Mitgliedschaft der Brauer besonders bei der Firma S. Timmler gute Fortschritte machte, wurde plötzlich Ende vorigen Monats ein organisierter Brauer entlassen, angeblich wegen Arbeitsmangel, während die beteiligten Kollegen hierin eine Maßnahme gegen die Organisation erblickten. Der Leiter der Brauer (Genosse Badert-Polen, verhandelte mit der Firma, jedoch ohne Resultat. Es wurde der Firma Timmler mitgeteilt, daß die Angelegenheit des Gewerkschafts-Kartell in die Hand nehmen würde, worauf die Firma an das Kartell ein Schreiben richtete, in dem sie die Maßregelung bestritt und versprach, der Organisation überhaupt nichts in den Weg zu legen und der Brauer, welcher infolge einer Denunziation eines Kollegen entlassen war, wieder einzustellen. Bei einer am 3. d. M. abgehaltenen Brauerversammlung, zu welcher die Firma auch den Denunzianten eingeladen hatte zu erscheinen, wurde die Sache verhandelt und nun geregelt. Die Firma erucht noch, daß die Streitigkeiten unter dem Personal durch die Organisation verhindert werden möchten, um derartige Vorkommnisse in Zukunft zu vermeiden, die Organisation gewann weitere 7 Mitglieder und kann mit dem Verlauf der Angelegenheit zufrieden sein. Das Kartell erklärt, daß sich durch das Entgegenkommen der Firma Timmler die Angelegenheit erledigt habe und spricht die Erwartung aus, daß auch in Zukunft die Firma der Organisation gegenüber Entgegenkommen zeigen möge. Es berichten noch die Handlungsmacher über die stattgefundene Lohnbewegung, deren Resultat an dieser Stelle schon mitgeteilt wurde. Seitens der Zimmerer wird angeregt, die Dachdecker zu organisieren und will man sich deshalb mit den Kollegen Krawitz-Breslau in Verbindung setzen. Die Textilarbeiter der Aktiengesellschaft Westur haben versucht, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, jedoch sind seitens des Direktors Händel alle Forderungen abgelehnt. Man könnte ja fast nicht mehr 17 Prozent Dividende zahlen und der Gewinn der Aktionäre darf doch nicht gemindert werden. Es kommt einer Bespottung gleich, wenn man verspricht, bei geleerten Würfeln in der schlechten Geschäftslage auf 14 Tage den Gehaltsuntertag probeweise einmal einzuführen, während die Arbeiterinnen und ungelerten Arbeiter 11 Stunden arbeiten sollen. Am Sonnabend, den 17. Juni, soll eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung stattfinden, Genosse Fritsch wird Bericht erstatten vom Gewerkschafts-Kongress.

* **Banzlau, 10. Juni.** Gewerbegericht. Herr Wäckerfabrikant G. u. m. e. r. geht mit seinen jugendlichen Arbeiterinnen sehr sonderbare Kontrakte ein. So müssen sich die Mädchen verpflichten, eine Zeit von 4 Wochen zu absolvieren und dann eine Jahre in seiner Fabrik tätig zu sein. In der Freiheit erhalten die Fernenden 3 Mk. pro Woche Vorlohn und die Abdingungsfrist dieses Kontraktes beträgt ein Vierteljahr. Einen solchen „Kontrakt“ machte auch das Lehrmädchen Bertha Schmidt unterschreiben, die aber denselben brach und unter der Zeit die Hammer'sche Fabrik verließ. Herr Hammer wollte nun das Mädchen zwingen, die zwei Jahre bei ihm in Arbeit zu bleiben. Diese Angelegenheit beschäftigte in einer der letzten Sitzungen das hiesige Gewerbegericht. Als Vertreter der B. Schmidt fungierte der Geschäftsführer des Konsumvereins, Genosse Schmidt. Derselbe beantragte Abweisung der Forderung Hammers, denn der Kontrakt bestände nicht zu Recht. Erstens sei das Mädchen nunmehr abdingig; ferner fehle die Unterschrift des Vaters, ebenso die des Lehrherrn. Auch trage das Schriftstück kein Datum. Das Mädchen hätte demnach Herrn Hammer gegenüber keine Verpflichtungen. Nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches verstohe eine solche Handlungsweise gegen die guten Sitten. Gegen Herrn Hammer, der es vorgezogen hätte, nicht zu erscheinen, wurde das Bezirksamturteil erlassen. Der genannte Herr wird wohl zu der Uebergangung gekommen sein, daß er vor dem Gewerbegericht kein Stück mit solchen Ausdrücken hat. Es soll sich noch eine ganze Anzahl Mädchen in der Fabrik befinden, die sich oft Grund eines solchen „Vertrages“ verpflichtet haben, zwei Jahre daselbst zu arbeiten.

Bunzlau, 11. Juni. Die Bunzlauer Stadtväter an der Arbeit. Auf der Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung standen drei wichtige Anträge des Magistrats. Als erster: Die Einführung des elektrischen Feuermeldewesens; als zweiter: Bewilligung von 800 Mark zur Beschaffung von geläutertem und filtertem Sänglingsmilch für das hiesige Armenhaus; als dritter: Bewilligung eines Betrages für die 300jährige Jubelfeier der Schützenhilfe. Alle drei Anträge des Magistrats fanden vor den Augen unserer Stadtväter kein Wohlgefallen und es traten Überlegungen ein, die man kaum hätte erwarten können. Das Resultat ist folgendes: Der Antrag, betreffend die elektrische Feuermeldung, wurde, nachdem verschiedene Herren dagegen gesprochen, die sonst das ganze Jahr selten einmal ihren Geist leuchten lassen, und dann auch nicht viel Weisheit zutage fördern, abgelehnt. Ebenso erging es dem anderen Antrage. Was brauchen die Armenkinder filtertes Sänglingsmilch, die können Wasser trinken. Also auch hier wurde der Magistrat für die abgewiesen. Nur aber kam der dritte Punkt: Für das Schützenfest sollte eine städtische Bewilligung von 800 Mk. bewilligt werden. Hier war es mit der Knauerigkeit zu Ende. Während man bei den ersten beiden Vorlagen die Kostenfrage ins Feld führte, war jetzt auf einmal Geld vorhanden. Ein Stadtvater meinte, man sollte doch bedenken, daß an den drei Festtagen mindestens 150 Hektoliter Bier auf dem Schützenplatze vertrieben würden und daß hier die Stadt durch die Biersteuer ja auch wieder einen Verdienst habe, also 800 Mk. waren den Herrschaften zu wenig; sie bestimmten für diesen Kummel 900 Mk. Dazu kommt noch in Betracht, daß die Stadt außerdem auch 8 Fuhren Baumreiser, die Gadauleitung zum Schützenplatze, die Beleuchtungs-Körper, 150 Kubikmeter Gas und anderes unentgeltlich zur Verfügung stellt. Diese Bewilligung gehen selbst dem „Bunzlauer Stadtblatt“ über die Gänze, indem es mit Recht darauf hinweist, daß wenn man für das Schützenfest 900 Mk. abgibt, doch nicht zu den ersten beiden Vorlagen sich so lauerig stellen sollte. Und das sind dieselben Leute, die bei den Wahlen erklärten, nur für das Wohl der Allgemeinheit einzutreten. Bedauerlich war es, daß die Sitzung zwei Tage vor den Feiertagen angesetzt war; unsere Genossen waren leider geschäftlich verhindert, an derselben teilzunehmen, sonst wäre den Herren wahrscheinlich anders zum Tong aufgespielt worden. Wie entsetzt dem Magistrat, die ersten beiden Anträge in einer späteren Sitzung wieder einzubringen. Er hat ja schon mehrere Male berichtet, daß er eine gewisse Fähigkeit darin besitzt, Anträge 3-4 mal der Stadtverordnetenversammlung zu unterbreiten und daß dann größtenteils ein anderes Resultat herauskam. Es wäre deshalb nur zu wünschen, wenn der Magistrat diese Taktik auch hier an den Tag legen möchte.

„Aus einem langen Leben“, so betitelt sich ein Märchen, welches ein Herr Glatte hier selbst herausgegeben und welches er in einem „Eingelände“ des „Bunzlauer Stadtblattes“ den geehrten Lesern selbst zum Ausblick anbietet. Herr Glatte will damit seinen Mitmenschen dienen und er meint in zührender Bescheidenheit, daß derjenige, der das Buch kauft — es kostet zwei Mark (!) — sich damit einen Gotteslohn erwirbt. Herr Glatte ist Landwirt, Metzger, Schriftsteller, Medner und Rentner u. s. w.

Briesa, 10. Juni. Grundwasser. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde in fast zweistündigen Verhandlungen über die Grundwasser-Verordnung der Stadt beraten, wobei die Versammlung zu einem grundlegenden Entschlusse kam. Erster Bürgermeister Doppelwies in längerer Ausführungen darauf hin, daß die Stadt sich nunmehr schon 10 Jahre mit dem Projekte der Grundwasser-Verordnung beschäftigt, ohne zu einem Abschlusse zu kommen. Der Regierungsrathpräsident wollte nun endlich bestimmt wissen, wie sich die Stadtverordnetenversammlung zu der Angelegenheit stelle. Für den Magistrat komme eine fernere Überwachungsverordnung der Stadt nicht mehr in Frage, nachdem von 23 preussischen Gemeinden von über 15,000 Einwohnern nur noch 22 ohne Grundwasser sind, die aber auch noch zur Grundwasser-Verordnung übergehen wollen, wie dies neuerdings Breslau an der Hand und Ratibor um wollte. Das Wasser von dem Giersdorfer Gelände, welches nach Briesa geleitet werden soll, ist durch vielfache Untersuchungen als ein gutes, einwandfreies Trinkwasser behunden worden. Durch Sachverständige ist eine Tagesproduktion von 4000 bis 5000 Kubikmeter paronisiert, was für Briesa vollständig ausreichte. Der Wasseranfall für die Ausführung des Projekts ist auf 500,000 Mk. festgesetzt, für welchen Preis drei Firmen die Arbeiten übernehmen wollen. Die Berechnungen, daß das Grundwasser sich bedeutend teurer stellen werde als das Oberflächwasser, sind unzutreffend. Er erklärte ausdrücklich, daß der Preis für das Kubikmeter Grundwasser höchstens 17 Pf. (e. n. 15 Pf. für das Oberwasser) betragen werde; ein etwaiger Mehrbetrag soll aus den Sparausbehalten gedeckt werden. Nach mehreren Abänderungsvorschlägen wurde von der Versammlung der Kostentumme für die Ausführung des Projekts abgehoben und einstimmig beschlossen, daß die Grundwasser-Verordnung und der Stadt von dem Giersdorfer Gelände aus nach dem Magistrat noch näher zu bezeichnenden Grundstücken und Einzelstücken mit der Maßgabe ausgeführt werde, daß das Wasserfeld nicht mehr als 17 Pf. für den Kubikmeter betragen darf und daß der Mehrbetrag aus den Sparausbehalten gedeckt werde. Dieser Beschluß wurde mit 32 von 35 Stimmen gefaßt.

Reichardt O., 12. Juni. Am Pfingstsonntag fand unter erstes Gewerkschaftsmitglied im Garten des Herrn Förster in Reichardt auf österr. Gebiet statt. Die Veranstaltung war eine zahlreiche. Durch treffende Ansprachen und persönliche Worte wurde die Stimmung gut und zu schnell machte die einwirkende Dunkelheit an dem Heimmarth, wo im Arbeiter-Kalender das durch einen Mission getriebene erste Gewerkschaftsmitglied seinen würdigen Platz fand.

Reichardt, 12. Juni. Von den „Christlichen“. Gatten da durch die Mitglieder der hiesigen Fabrikale vom christlichen Holz- und Holz-Verbande — etwa 30 an der Zahl — zu ihren Unter- stützen von letzterem Zeitpunkt an die hiesige Fabrikation ge- richtet und gebeten, ihnen die geschäftliche Arbeitszeit zu prä- zisieren. In demselben war besonders Bezug genommen, daß das Zentrum im Reichardt das schon für den geschäftlichen ge- schäftlichen Arbeitszeit eingetreten sei und daß auch den Meistern keine Nachteile erwachsen würden, da die Stellen durch an- dererseits Taktigkeit auch die Arbeit fertig zu bringen verstanden, die sie bei der jetzigen eifrigeren Arbeitszeit herstellten. Doch die Stellen denken und die Anwesenheit der Arbeiter. In einer ebenfalls ein- stimmigen Beschlusse wurde die Versammlung wurde dieses Gesuch zur Verfügung gebracht und obgleich von einzelnen Mitgliedern be- wundert, wurde von anderer Seite betont, daß es doch alle nur „Sozial- demokraten“ wären, die wohl viel Lohn haben, aber wenig leisten möchten. Bei dem jetzigen Stand des Reichardtgewerbes sei es ausgeschlossen, den Stellen die geschäftliche Arbeitszeit zu gewähren und somit erob auch die entsprechende Abkündigung die Ablehnung des Gesuchs und Verantwortung derselben in vorstehendem Sinne, da ja ein Streik nicht zu befürchten sei, weil die Stellen statuten- mäßig ein Jahr dem Verbands angehören müssen, ehe sie Ersatzkandidaturen erhalten können. Laßt sie streifen, wenn sie hungern, kommen sie wieder von selbst, lauten andere. So sind die Meistern vom Verbandsrat über Ge- setzen unterrichtet und wissen auch, daß diese erst kurze Zeit ihrem Verbands angehören. Die Stellen aber werden wohl sehr wenig erwarten darüber sein, daß sie mit den 11 Sozialdemokraten in einem Topf geworfen werden, während sie doch nur in christliche. Dem mit einem Mitgliede an die Herren Meistern heranzutreten und um nur ja das patriarchalische Verhältnis nicht zu verlieren. Hab dafür solche Behandlung?

Kleine provinzielle Nachrichten.

In Plogwitz, Kreis Löwenberg, brannte die alte auf malerischer Höhe gelegene Windmühle nebst dem Wohn- und Wirtschaftsgelände bis auf die Asche nieder. Leider ist der Besitzer, Windmühl- Knappe, welcher hier oben für sich allein wohnte, in den Flammen

umgekommen, ebenso sein Pferd und der Hohnhund. — A. 9. Juni früh verstarb die 74 Jahre alte Wittwe Marie Kugler aus Bogants, Kreis Mailbor, die Eisenbahnstrecke Nemba- Kallowitz auf dem Ueberwege zwischen Kilometerstein 0,8 und 0,9 zu überschreiten, indem sie unter der herabgelassenen Schranke auf den Bahndamm kroch. Da die Frau sehr schwerhörig ist, überhörte sie das Geräusch des herabfallenden Personenwagens wie das Pfeifen der Lokomotive. Sie wurde von dem Zuge erfaßt und etwa 100 Meter mitgeschleppt und erlitt dabei tödliche Verletzungen. Die linke Kopfseite wurde ihr zerquetscht, beide Arme mehrmals gebrochen. Der Tod trat auf der Stelle ein. — Der Volker Remy aus dem Raugeschäft Martini-Myrdal starb beim Absteigen eines erhöhten Schornsteins 13 Meter hoch ab und verletzte sich so schwer, daß er alsbald verstarb. — In Bromberg verunglückte beim Rangieren auf dem Bahnhof der Eisenbahnarbeiter Maczowski. Er geriet beim Rangieren eines Zuges so unglücklich, zwischen die Räder zweier Wagen, daß er schwere Verletzungen am Kopfe davontrug, denen er bald erlag. — In Wilschewitzdorf waren am Donnerstag in später Abendstunde in der Fabrik der Firma Weßky, Hartmann und Wiesen in einem Nebenraume des Schied Puffen zum Brennen gekommen. — Durch einige Arbeiter, die sich gerade in der Nähe der Fabrik aufhielten, wurde der Ausgang des Feuers gleich bemerkt und auch schnell Hilfe herbeigeholt. So gelang es in kurzer Zeit das Feuer zu löschen, während es sonst großen Umfang hätte annehmen können.

Arbeiter! Parteigenossen!

In diesen Tagen werden die ersten Steuerzettel von den Steuerbehörden ins Haus gebracht. Wir richten deshalb an Euch die dringende Mahnung, sofort zu reklamieren, wenn Ihr mit weniger als 1.36 Mk. vierteljährlich veranlagt seid. Wer mindestens 1.36 Mk. vierteljährlich Steuer zahlt, der besitzt das Wahlrecht zur Stadtverordneten-Versammlung. Wer weniger oder garnicht zahlt, der muß das Wahlrecht sofort erwerben, indem er mit dem ersten Steuerzettel sich aufs Arbeiter-Sekretariat begibt, um die Reklamation anfertigen zu lassen.

Arbeiter! Parteigenossen! Wer im nächsten Jahre mitwählen will, der muß schon in diesem Jahre mindestens 1.36 Mk. Steuern zahlen!

Sichert Euch das Gemeindevahlrecht! Das Gewerkschaftsstatut. Der Sozialdemokratische Verein.

Ständesaamtliche Nachrichten.

Eheschließungen. II. Meißner Franz Langner, kath., Scheinigerstraße 23, mit Ernestine Vietel, ev., Porwitzerstraße 44. — Maschinenarbeiter August Hinte, ev., Dürrenstraße 20, mit Emilie Langner, ev., hier. — Feuerwehmann Alfred Papst, ev., Lehmgrabenstraße 45, mit Hedwig Thiel, kath., Robert a. B. — Schuhmacher Hermann Gensel, ev., Porwitzerstraße 85, mit Marie Strögan, kath., hier. — Tiegeldrucker Robert Langner, ev., Kupferhiebstraße 46, mit Gertrud Steller, ev., Alexanderstraße 34. — Gebr. Lokomotiv-Heizer Hermann Brenzel, kath., Briegerstraße 1, mit Martha Reissner, kath., Porwitzerstraße 57. — Bahnarbeiter Otto Kuhlau, ev., Georgenstraße 10, mit Klara Reinsch, ev., hier. — Maschinenmeister Hermann Valentini, ev., Hohenzollernstraße 96, mit Miranda Vogt, ev., hier. — Kömml. Staatsanwalt Fritz Handolf, ev., Potthagerstraße 19, mit Margarete Arnold, ev., Oblander Stadtgraben 20. — Eisenbahn-Hilfsbremser Heinrich Feißt, ev., Schreiberhan, mit Ottilie Alex, ev., Hohenzollernstraße 10. — Arbeiter Paul Nitsche, ev., Hübnerstraße 82, mit Anna Schmiegelow, kath., Sedanstraße 3. — Bahnarbeiter Christian Kionke, ev., Palmstraße 15, mit Auguste Bergmann, ev., hier. — Stubenwalder Berthold Stewal, kath., Klosterstraße 130, mit Natalie Schliebs, geb. Speer, kath., hier. — Barbier Johann Otto, kath., Klosterstraße 69, mit Marie Wittmeier, kath., Paradiesstraße 21. — Klempner Paul Scholz, kath., Hübnerstraße 100, mit Annette Endrejat, ev., hier. — Maschinenkloster Fritz Müller, ev., Hübnerstraße 13, mit Klara Wollanif, ev., Hübnerstraße 30/32. — Cambrüschkammer Hermann Fohl, ev., Robertstraße 21, mit Minna Krause, ev., Ober-Salzbrenn. — Remontarbeiter Felix Krupp, kath., Breiburg i. S. d. L., mit Martha Kruma, kath., Klosterstraße 41. — Schuhmachermeister Johann Erlich, ev., Dohraustraße 10, mit Emma Erlich, ev., Hübnerstraße 82. — Restauration Gustav Warquardt, ev., Porwitzerstraße 80 mit Sophie Marzewski, kath., hier. — Guttenwaller Luor-nus Volkmer, kath., Ober-Menggersdorf, Kreis Rothenburg, mit Hedwig Schmidt, kath., Dohraustraße 57e. — Bahnarbeiter Wilhelm Erbe, ev., Briegerstraße 6, mit Martha Krause, kath., hier. — IV. Maurermeister Franz Valina, kath., Berlin, mit Maria Kobak, ev., Voltestraße 10. — Buchhalter Max Varanda, ev., Gräbchenstraße 120, mit Margarete Kroke, ev., Gräbchenstraße 133. — Buchhalter Heinrich Buchwald, kath., Teinischstraße 13, mit Elise Schubert, kath., Gräbchenstraße 83. — Tischler Heinrich Braun, kath., Gabigstraße 13, mit Helene Kalk, ev., Dohraustraße 88. — Kaufmann Heinrich Kobylinski, jüd., Berlin, mit Irma Wabner, jüd., Museumplatz 6.

Geburten. I. Schloffer Alfred Weiser, kath., I. — Arbeiter Hermann Schenk, evang., I. — Schneider Karl Baumann, evang., I. — Kreispartassistent Paul Klingauf, evang., I. — Anführer Paul Rauer, kath., S. — Schuhmacher Karl Bauer, kath., S. — Schneidermeister Joseph Bodleki, kath., S. — Drechsler Franz Müller, kath., S. — Tapeziermeister Oskar Spinde, kath., S. — Hausbesitzer Johann Stragalla, evang., S. — Restaurateur Friedrich Schulz, evang., S. — Arbeiter Joseph Bospriek, evang., I. — Schloffer Fritz Korngott, kath., I. — Arbeiter Maximilian Hensch, kath., I. — Tischler Karl Urban, ev., I. — Schmied Joseph Bandt, kath., I. — Schriftf. Bruno Thormaun, evang., S. — Schneider Johann Kany, kath., I. — Schuhmacher Karl Hübler, kath., S. — Fleischer Hermann Bloch, evang., I. — Antiker Wilhelm Linke, evang., S. — Kaufmann Moritz Pachtel, jüd., S. — Heizer Richard Bionke, kath., S. — Feuerwehmann August Krana, kath., S. — II. Schloffer Adolf Koch, evang., I. — Vorsteher August Neumann, ev.-luth., I. — Haushälter Paul Feder, evang., S. — Oberkellner Wilhelm Hoffmann, kath., I. — Buchhalter Georg Weiler, kath., S. — Gasthofbesitzer Karl Pöter, evang., S. — Drechslermeister Oskar Pöter, evang., S. — Schmied Robert Matka, evang., S. — Zimmermann Wilhelm Pöter, evang., S. — Knechtmeister Fritz Hoffmann, ev., S. — Maurer Eugen Weber, kath., S. — Schleifer Friedrich Betsel, evang., S. — Arbeiter Friedrich Karsawe, evang., S. — Arbeiter Albert Hoffk, kath., I. — Geschäftsführer Otto Paanert, evang., S. — Glaserbodenarbeiter Franz Duchs, kath., S. — Dienerr Ernst Schmiedler, evang., S. — Priesträger Andreas Bionke, kath., I. — Zimmermann Hermann Pufas, evang., S. — Fleischmeister August Lehmann, evang., I. — Tapezierer Rudolf Müller, ev., S. — Arbeiter Karl Knoppig, evang., S. — Zimmermann Franz Wagner, kath., I. — Antiker Paul Pöter, evang., S. — Ofen- anwärter Arthur Schaffer, evang., S. — Buchhalter Franz Strögan, evang., I. — Buchhalter Paul Köhler, evang., S. — Antiker Franz Paul, kath., I. — Kaufmann Johann Korba, kath., I. — Bahnarbeiter Karl Müller, kath., S. — Zimmermann Wilh. Kowatz, evang., S. — Feiler Johann Strögan, kath., I. — III. Fabrikarbeiter Gustav Schorier, evang., I. — Arbeiter Gottlieb Kunkel, evang., S. — Volkshilfsleiter Paul Deutschmann, kath.,

I. — Tischler Adolf Prabel, kath., I. — Postassistent Paul Reichel, evang., S. — Müller Albert Paskig, kath., S. — Schuhmacher Robert Spring, evang., S. — Kaufmann Reinhold Brieger, evang., S. — Haushälter Robert Lehmann, evang., S. — Arbeiter Karl Ernst, kath., S. — Magistrats-Bureau-Diakon Oskar Weiser, evang., I. — Arbeiter Hermann Wehl, evang., S. — Arbeiter Reinhold Christ, kath., S. — Hausbesitzer Robert Michael, kath., I. — Maler Karl Hübler, kath., S. — Bureau-Assistent Heinrich Kankulla, kath., I. — Antiker Karl Fiedler, evang., S. — Seiler Hermann Urban, kath., S. — Kellner Karl Koeb, evang., S. — Weber Bruno Barthold, evang., S. — Antiker Georg Greulich, evang., S. — Heizer Paul Simon, evang., I. — Antiker Wilhelm Jelinek, kath., I. — Tischler Theodor Schneider, kath., I. — Maler Wilh. Nitsch, evang., S. — Privatdozent Dr. phil. Felix Jacoby, evang., I. — Tischlermeister August Hindemith, kath., S. — Arbeiter Karl Darte, evang., S. — Schneider Johann Kondjora, kath., I. — Kaufmann Gustav Rieger, evang., S. — Schneider Heinrich Kerschmer, evang., I. — Tischler Konrad Friebe, evang., I. — Haushälter Alfred Kemmer, evang., S. — Antiker Otto Weinert, evang., I. — Eisenbohrer Joseph Rinte, kath., I. — Tischler Georg Schmidt, evang., S. — Straßenbahnwärter Franz Bohler, kath., I. — Antiker Max Sambale, evang., S. — Tischler Robert Gein, evang., I. — Porzellanhändler Paul Senfleben, evang., I. — Handelsmann Otto Scholz, kath., I.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Freie Turnerschaft Breslau. Turnstunden: 1. Abt.: Jeden Dienstag und Freitag, Abends von 8-10 Uhr, in der städtischen Schulturnhalle, Waterloostraße. — 2. Abt.: Jeden Montag und Donnerstag, Abends von 8-10 Uhr in der städtischen Schulturnhalle, Postenstraße. — 3. Abteilung (Turnerinnen): Jeden Montag und Donnerstag, Abends von 8 1/2-10 Uhr, in der städtischen Schulturnhalle, Waterloostraße.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 14. Juni: Arbeiter-Abfahrts-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder. Donnerstag, den 15. Juni: Tapezierer-Verband. Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr Zimmer Nr. 3 und 4. Wichtige Tagesordnung. Montag, den 19. Juni: Schmiede-Verband. Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr. Zentralsverband der Schuhmacher Deutschlands. Abends 8 Uhr: Jahlabend. Zimmer Nr. 1.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt II (Nikolai-Vorstadt). Donnerstag den 15. Juni, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer sowie deren Stellvertreter. Die Bezirksführer, sowie sämtliche noch vorhandenen Marken resp. Geld beaufs. Kontrolle sind mitzubringen. Das Erscheinen sämtlicher Bezirksführer zu dieser wichtigen Zusammenkunft ist Pflicht. Der Distriktsführer. Distrikt VIII (umfassend die Bezirke 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86 [Kleinburg] und 121.) Bezirk 81. Freitag: Jahlabend. Distrikt IX (Gabig) (umfassend die Bezirke 91, 92, 93, 94, 95, 96.) Die Vorarbeit zur Agitation für die „Volkswehr“ findet Donnerstag, Abends von 6 1/2 Uhr ab vom Bezirksklub 91 aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Distriktsführer. Distrikt X (Wobesly-Mentke-Bissa). Donnerstag, den 15. Juni: Zusammenkunft der Bezirksführer: Abrechnung von der Schillerfeier und Projektionsvortrag. Der Distriktsführer.

Schweidnitz. Wahlvereins-Versammlung. Mittwoch, den 21. Juni, Abends 8 Uhr, in der Saalische des „Feldgarten“. Tagesordnung: 1. Berichterstattung über die staats- geordneten Landtagungen; 2. Beschlußfassung über ein Statuten- fest; 3. Anträge und Verschiedenes. Genossen, erscheint zahlreich. Der Vorstand.

Schweidnitz. Männer-Gesang-Verein „Vorwärts“. Jeden Donnerstag, Abends 8 1/2 Uhr: Übungsstunde im Lokal des „Feldgarten“, Kleischauerstraße. Gäste willkommen.

Trebnitz. Große öffentliche Textilarbeiter-Versammlung. Donnerstag, den 15. Juni, Abends 8 Uhr, in der „Germania“. Referent Gauleiter Kollege Friedrich Riegnitz. Zahlreiche Erscheinen, besonders der Mangel-, Bleich- und Färbereiarbeiter, ist dringend notwendig. Der Einberufer.

Striegau. Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“. Jeden Dienstag und Donnerstag, von Abends 8 Uhr an: Turnen in der „Bierquelle“. Auch werden in jeder Turnstunde Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

Striegau. Wahlverein. Sonntag, den 18. Juni, Nachmittags 3 Uhr: Versammlung in der „Bierquelle“. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Hirschberg. Öffentliche Krankenkasseninteressenten-Versammlung. Sonntag, den 18. Juni, Nachmittags 3 1/2 Uhr, in der „Androschke“ zu Gumnardorf. Erscheine jeder, welcher sich für die Krankenkassen interessiert.

Siegnitz. Volksverein. Donnerstag, den 15. Juni, Abends 8 Uhr: Versammlung. Tagesordnung: Die Neuorganisation der Partei. Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vorstand.

Siegnitz. Gewerkschaftsstatut. Sonabend, den 17. Juni, Abends 8 Uhr: Große öffentliche Gewerkschaftsversammlung im „Gewerkschaftshaus“. Tagesordnung: Bericht- erstattung vom Gewerkschaftskongress in Köln. Referent Genosse Friedrich Riegnitz, Gauleiter der Textilarbeiter. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Siegnitz. „Volkswehr“. Am Sonntag, den 18. Juni, findet eine Agitation für die „Volkswehr“ statt. Die Ansätze des Materials erfolgt am Freitag, den 16. Juni, von 6 1/2 Uhr ab im Gewerkschaftshaus. Um rege Beteiligung aller Genossen, besonders der Bezirksführer, wird ersucht.

Siegnitz. Arbeiter-Gesangverein „Jüngerkrantz“. Jeden Mittwoch Abends: Übungsstunde im Gewerkschaftshaus und Aufnahme neuer Mitglieder.

Gahnau. Arbeiter-Gesang-Verein. Jeden Donnerstag Abends 7 Uhr: Singabend bei Ginner.

Bunzlau. Verband der Maurer. Sonabend, den 17. Juni: Mitglieder-Versammlung in der „Hoffnung“. Tages- ordnung: Ueber Unfall und seine Folgen. Referent Kollege Kropke. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Bunzlau. Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter (Zweigverein Bunzlau). Sonntag, den 18. Juni: Sommervergnügen in Neu-Breslau. Tanz, Volken- schießen und Kinderbelustigung. Es ladet ergebenst ein Das Komitee.

Bunzlau. Gewerkschaftsstatut. Mittwoch, d. 14. Juni Sitzung in der „Hoffnung“, Schloßstraße 9/10. Ohlau. Arbeiter-Gesangverein „Eintracht“. Jeden Mittwoch, Abends 8 Uhr: Übungsabend bei Pöndel in Paumgarten. Posen. Gewerkschaftsstatut. Donnerstag, Abends 8 Uhr: Sitzung bei Sommer. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.